

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Abonnementpreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschl. Bringerlohn 150 G. Pf., bei Selbstabholung 140 G. Pf. — Einzelnummer 10 G. Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 u. 24506. Telefon für die Inseraten-Abteilung Nr. 22721. **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24506

Inseratenpreise: Die 10gep. Kolonelsp. 30 G. Pf., bei Platzvorschrift 35 G. Pf., Familienanzeigen von Privatpersonen 10gep. Kolonelsp. 15 G. Pf., Reklamesp. 1,50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelsp. 35 G. Pf., bei Platzvorschrift 40 G. Pf., Reklamesp. 1,75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ein Dolchstoß Poincarés.

Nationalistisch-militaristische Sabotage der Verständigung.

Neue Sanktionen über Düsseldorf verhängt.

WIV. Düsseldorf, 19. Mai. Bekanntlich hatte sich die Stadtdirektion gewagt, eine von den Franzosen geforderte Artilleriekaserne zu erbauen, da das Reich nicht gewillt war, die Kosten dieser Kaserne zu tragen. Der Stadt war aufgegeben worden, trotzdem am 17. Mai die Bauten zu beginnen, widrigenfalls die Spigen der Stadtdirektion und auch die Stationsführer der Stadtdirektion verhaftet werden sollten. Der Bau ist am 17. Mai nicht begonnen worden. Infolgedessen sind die Franzosen heute dazu übergegangen, zunächst eine Reihe wichtiger Gebäude zu beschlagnahmen. Es sind dies das Werk 9 der Rheinmetall, das neuerbaute Werk Rheinmetall, mehrere Schlachthäuser, die gebaute Reithalle der Polizei an der Cäcilienallee, sämtliche Leinwand für die Schupo errichteten Wohnungen, insgesamt 145, die Kongresssäle des Zoologischen Gartens und der gesamte Kunstpalast. Im Kunstpalast sollte am 1. Juni die diesjährige große Kunstausstellung eröffnet werden. Die Säle des Zoologischen Gartens, der augenblicklich im Wiederaufbau ist und einen regen Besuch aufweist, waren, nachdem sie von den Franzosen geräumt worden waren, mit großen Kosten wiederhergestellt und neu ausgemalt worden. Sie sind erst vor wenigen Tagen dem Publikum wieder geöffnet worden.

Die Franzosen haben in den letzten Tagen eine große Reihe neu ausgehobener Rekruten nach Düsseldorf gebracht.

„Gott erhalte uns Poincaré!“ Dieses Strohgebete schickte vor einigen Monaten die völkische Deutsche Zeitung, das Organ des eben so frommen wie kampfbereiten Watzers Maurenbrecher, zum Himmel. Das Blatt der Völkischen brachte damit treffend zum Ausdruck, daß es für die nationalpolitischen Katastrophenspieler in Deutschland keine taftkräftigeren Helfer und Bundesgenossen im Kampfe gegen die Völkerverständigung gibt als Poincaré und die französischen Gewaltpolitiker. Die französischen Wahlen vom 11. Mai, die den Sturz Poincarés zur Folge haben, haben deshalb den deutschen Nationalisten einen bösen Strich durch ihre Rechnung gemacht. Durch die Niederlage der Poincarés ist die Herrschaft des nationalen Blocks in Frankreich ein Ende gemacht und der Weg für eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland geebnet. Dadurch sind aber auch die deutschnationalen und völkischen Gegner jeder Verständigungspolitik, die mit aller Macht danach drängen, in Deutschland das Ruder in die Hand zu nehmen und das deutsche Staatsgeschick ganz in das nationalpolitische Fahrwasser zu steuern, in eine recht unbefugliche Situation geraten. Der Sieg der Vernunft in Frankreich hat ihnen die Fortsetzung ihrer wahnwitzigen Katastrophenspieler außerordentlich erschwert. Umso mehr werden sie jetzt erregt sein, daß ihnen Poincaré, kurz vor seinem Abgang, mit seinen neuen Gewaltmaßnahmen gegen die Stadt Düsseldorf noch einen so wertvollen Liebesdienst erwiesen und ihnen wieder Wasser auf ihre langsam klappernden nationalpolitischen Mühlen geliefert hat.

Es liegt auf der Hand, daß der neueste Gewaltstreik Poincarés ein heimtückischer Schlag gegen die sich anbahnende Verständigung ist. Im Sterben noch wälzt der französische Ministerpräsident den Bestrebungen nach einer vernünftigen Regelung der Reparationsfrage Steine in den Weg. Sein Streich wirkt umso aufreizender, als mit der Durchführung der Sachverständigenvorschlüsse der Abbau der militärischen Besatzung beginnen soll. Die Forderungen der Besatzungsbehörden nach neuen Kasernenbauten und die Entlassung neuer Truppen lassen jedoch erkennen, daß sich die französischen Militaristen dem Abbau widersetzen wollen. Nun hat es zwar die neue französische Regierung in der Hand, die Maßnahmen Poincarés rückgängig zu machen. Aufgabe der deutschen Regierung wird es sein, in der geeigneten Weise, darauf hinzuwirken. Aber die Erfahrung lehrt auch, daß in solchen Fällen die Handlungsfreiheit wesentlich beschränkt ist, wenn bereits vollzogene Tatsachen vorliegen.

Das Schlimmste aber ist, daß Poincaré mit seinen neuen Sanktionen den Reichsstadthaltern in Deutschland neue Waffen geliefert hat. Von französischen und englischen Politikern, die die Absicht von dem bloßherigen Kurs Poincarés für notwendig halten und auf die Kursänderung hinstreben, wird immer wieder betont, daß jetzt alles von der Haltung Deutschlands abhängt. Von den Völkischen, den Landbündlern und dem rechten Flügel der deutschnationalen wird mit allen Kräften darauf hingearbeitet, die Annahme der Sachverständigenvorschlüsse zu hinterziehen. Durch den Gewaltstreik der französischen Behörden werden diese extremen Streitmungen wesentlich gestärkt werden. Der Reichsregierung aber und den auf die Erfüllungs- und Verständigungspolitik eingestellten Parteien wird der Kampf gegen die deutschen Gewaltpolitiker außerordentlich erschwert, zumal sie den Kampf gegen zwei Fronten zu führen haben. Bekanntlich führen ja auch die deutschen Kommunisten auf Befehl Moskaus mit aller Schärfe den Kampf gegen die Erfüllungs- und Verständigungspolitik. Wie so oft, treffen sich auch hier die Wehrverbände von der Linken mit den gefährlichsten Reaktionen auf einer Linie. Viel zu wenig ist in Deutschland, und besonders in der Arbeiterschaft, die ungeheure Gefahr beachtet worden, die dieser Tage kam an einem, einer der regierenden Volksparteien, getan hat. Kammer erklärte die durch den Sieg der Linken in Frankreich sich anbahnende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als eine Gefahr für Sowjetrußland. Eine solche Äußerung aus dem Munde eines Mitglieds einer Arbeiterregierung wird nur verständlich, wenn man sich vor Augen hält, daß die Sowjetregierung stets bestrebt ist, die Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten im Interesse ihrer speziell russischen Politik

auszunützen. Sie zeigt deutlicher als lange Darlegungen, wie die deutsche Arbeiterschaft durch die Kommunisten als Werkzeug der russischen Außenpolitik benützt werden soll. Daraus ergibt sich, daß die deutsche Arbeiterschaft nun erst recht mit aller Kraft den Kampf gegen die politischen Brandstifter aufnehmen muß, mögen sie in Berlin, in Paris oder in Moskau sitzen.

Für die deutsche Arbeiterschaft gibt es nur einen gangbaren Weg: Entschieden und unbeirrt durch alle nationalpolitischen Beeinflussungen für die als richtig erkannte Erfüllungs- und Verständigungspolitik einzutreten. Nur auf diesem Wege kann eine Gesundung Deutschlands und Europas erreicht werden.

Sanktionen auch über Buer.

W. Buer, 20. Mai. Der Kommandant der belgischen Ruhrarmee hat über die Stadt Buer wegen angeblichen Diebstahls einer auf dem Bahnhof aufgestellten belgischen Fahne folgende Sanktionen

Sanktionen

verhängt: In dem Stadtdistrikt Buer-Mitte, 1 Kilometer im Umkreis von der katholischen Kirche aus, sollen die Kaffeehäuser, Wirtschaften, Kinos und Kongresssäle für eine Zeit von 15 Tagen geschlossen sein. Vom 20. Mai bis 15. Juni wird die belgische Fahne aufgestellt auf folgenden öffentlichen Gebäuden: Bahnhof, Schupo-Kaserne und zwei Schulen. Die Fahnen müssen geliefert werden von der Stadt Buer und sollen der gestohlenen Fahne ähnlich sein. Vom 20. Mai bis 15. Juni werden alle Gesetze der Einwohner von Buer für Versammlungen, Gesellschaften, Erlaubnisloshelne jeder Art verweigert werden. Im Falle daß der oder die Täter bekannt und der belgischen Militärgerichtsbehörde ausgeliefert werden, werden die Sanktionen aufgehoben werden.

Die Besprechung zwischen Theunis und Mussolini.

Mailand, 19. Mai. Bei der zweiten Besprechung, die zwischen Theunis, Symans und Mussolini in der Präfektur stattfand, wurde der Wortlaut des folgenden amtlichen Kommanqués festgesetzt: Die belgischen Minister und der italienische Ministerpräsident stellen fest, daß die Reparationsfrage weiterhin eine ernsthafte Quelle politischer Besorgnis und wirtschaftlicher Krisen bleibt. Sie halten ihre unverzügliche Lösung durch Ausföhrung des Sachverständigenratschens für notwendig, das die Grundlage für eine Verständigung darstellt, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung loyal die notwendigen Maßnahmen trifft und ausföhrt. Die Minister beschäftigen sich mit der Lage, die sich aus absehbaren Verhandlungen Deutschlands ergeben würde. Eine interalliierte Verständigung über diesen Punkt erscheint ihnen möglich. Sie waren gleichermäßen der Ansicht, daß, sobald der Gedankenaustausch zwischen den alliierten Regierungen genügend fortgeschritten sei, die Einberufung einer interalliierten Konferenz wünschenswert sei, um die so vorbereitete Verständigung zu vollenden. Die belgischen Minister und der italienische Ministerpräsident werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um unverzüglich zur Bewerkstelligung des Sachverständigenratschens zu gelangen. Sie erkennen auf jeden Fall an, daß die Frage der interalliierten Schulden auch weiterhin mit der vollständigen und endgültigen Regelung der Reparationsfrage verbunden bleibt.

Verständigung unter den Mittelparteien.

Berlin, 20. Mai. Wie die Blätter aus parlamentarischen Kreisen hören, ist in der gestrigen Besprechung der Führer der Mittelparteien das außenpolitische Programm festgelegt worden. Laut Germania bewegt es sich in der Hauptsache auf der Linie der bisherigen Politik der Reichsregierung. Die Aufnahme dieses Programms bei den Parteien rechts und links von den Mittelparteien wird für die Mehrheitsbildung im kommenden Reichstag von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Wie die Blätter weiter mitteilen, plähte in die gestrigen Beratungen der Mittelparteien eine Einladung der deutschnationalen an das Zentrum, die Deutsche und die Bayerische Volkspartei zu Besprechungen am Mittwoch über die Regierungsbildung hinein. Die Demokraten sind zu dieser Sitzung nicht eingeladen worden. Die Mittelparteien sind aber übereingekommen, Verhandlungen mit andern Parteien nur im gegenseitigen Einverständnis aufzunehmen. Deshalb ist nicht anzunehmen, daß das Zentrum der Einladung folgen werde.

Heute vormittag wird die neue deutschnationale Fraktion zum ersten Male zu einer Beratung zusammenzutreten. Auch die Deutsche Volkspartei und die Demokraten treten heute zu Fraktionsitzungen zusammen.

W. Berlin, 20. Mai. Die Zentrumsfraktion des neuen Reichstags trat Montagnachmittag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Den Vorsitz führte der Vorsitzende der Fraktion des alten Reichstags, Abg. Fehrenbach. Die formelle Konstituierung der Fraktion durch Neuwahl des Vorstands wurde bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags verschoben. Zu Beginn der Sitzung erstattete der Reichstagskanzler Marx einen eingehenden Bericht über die politische Lage. Die Verhandlungen sollen Dienstag fortgesetzt werden.

Wie die Berliner Blätter melden, hat der Reichstagspräsident Lobe die Führer sämtlicher Reichstagsparteien sich morgen nachmittag zu einer Besprechung eingeladen, um die Neuverteilung der Plätze im Sitzungssaal für die einzelnen Parteien vorzunehmen.

Politische Brunnenvergiftung.

Von Gerhart Seger, Berlin.

Am 15. April erschien an dieser Stelle der Leipziger Volkszeitung unter dem obenstehenden Titel eine Kritik der Sondernummer der Süddeutschen Monatshefte über den „Dolchstoß“. Professor Cohnmann, der Herausgeber dieser rechtsgerichteten Monatschrift, setzt nun diese politische Brunnenvergiftung fort und hat ein zweites Heft herausgegeben, betitelt „Die Auswirkung des Dolchstoßes“, „Neue Dokumente“. Der Herr Professor regt sich in diesem Heft über unsere Kritik seines ersten Heftes auf und läßt dadurch erkennen, daß sie gelesen hat; zeigt auch, daß er die Leipziger Volkszeitung wegen ihrer konsequenten Haltung während des Krieges besonders haßt. Es sei nun der Kritik des ersten Heftes eine Kritik des zweiten an der gleichen Stelle angefügt.

Ein wesentlicher Teil unserer kritischen Bemerkungen ging von der Feststellung aus, daß der Vorkämpfer der Dolchstoßlüge seinem Heft den Charakter einer wissenschaftlich gearbeiteten Urteilsammlung zu geben verucht hat. Sehr zu Unrecht. Die gleiche, sagen wir einmal, Irreföhrung des Lesers begeht der Herr Professor mit seinem zweiten Heft auch wieder; wenn er auf den Titel seines Heftes über die Auswirkungen des Dolchstoßes schreibt: „Neue Dokumente“, so versteht der normale, mit Cohnmannscher Terminologie nicht behaftete Leser sicher etwas anderes unter „Dokumenten“, als völkische Schimpfepisteln. Der Herr Professor wird doch wohl nicht behaupten wollen, daß die von ihm angeführten; denkbar einseitigen Frontbriefe rechtsabwärtiger Offiziere ein unanfechtbares Quellenmaterial sind! Wenn z. B. im zweiten Heft ein langer Brief eines badischen Batterieföhrers aus Fladen abgedruckt wird und man darin (S. 78) folgenden Satz findet: „Frankfurter Zeitung und Berliner Tageblatt, diese internationalen, zu fällig in deutscher Sprache erscheinenden Blätter, die den Geist des Judentums verkörpern, haben den traurigsten Anteil daran.“ So wird das kein vernünftiger Mensch als eine Quelle ansehen, nach der man deutsche Geschichte schreiben kann, es sei denn, daß man zu denen gehört, die das Trommeln Hitlers für Kundgebungen deutscher Weisheit halten. Dann wäre freilich Herr Professor Cohnmann nicht zu helfen.

Der professorale Versuch, die Dolchstoßlüge zu galvanisieren, steht entschieden unter einem Unstern. Hatte sich schon in das erste Heft manches eingeschlichen, was gegen die Dolchstoßlüge zeugte, so wird im zweiten Heft eine der hauptsächlichsten Behauptungen des ersten Heftes widerlegt. Im ersten Heft hatte der Herausgeber einen Bericht des Admirals v. Lepow über den Unfall Ludendorffs in der Beurteilung der Kriegslage wiedergegeben. Darin war mitgeteilt worden, daß Ludendorff, nachdem er am 29. September dem Kaiser Vortrag gehalten hatte, daß der Krieg verloren sei, am 17. Oktober plötzlich bereit war, den Krieg nachträglich zu gewinnen, weil ihm der Kriegsminister die Lieferung der bekannten 600 000 Kinder (des Jahrganges 1900) zugesagt hatte. Also war der oberste General der Meinung, mit diesem Nachwuchs des Jahres 1918 den fürchtbaren Endkampf durchföhren zu können.

Im zweiten Heft liest man das genaue Gegenteil davon. Der Herr Professor möge es uns nicht übelnehmen, aber er muß doch schließlich damit rechnen, daß seine Lügenhefte nicht nur urteilslosen Hitlerjünglingen in die Hände kommen, sondern auch urteilsfähigen Menschen, die bei der Lektüre des zweiten Heftes nicht den Inhalt des ersten schon wieder vergessen haben! Im zweiten Heft sind zwei Urteile über den militärischen Wert des Ersahes enthalten, die Ludendorff mit seinem Urteil vom 17. Oktober, daß mit diesem Ersah der Krieg zu gewinnen sei, als einen Trottel ohnegleichen erscheinen lassen. Generalleutnant a. D. Dietrich teilt mit, daß der Ersah aus der Heimat schon 1917 nur noch zum Teil an der Front angekommen sei, weil der größere Teil unterwegs gemuntert habe; der Generalleutnant a. D. Gerhart Tappen schreibt wörtlich: „Es machte sich bemerkbar, daß der Ersah im Jahre 1918 immer schlechter wurde und daß es einer eingehenden Schulung im Rekrutendepot der Division, zu dem ich besonders tüchtige Offiziere kommandiert hatte, bedurfte, um den der Division überwiesenen Ersah brauchbar zu machen. Gegen den Herbst 1918 wurde der Ersah so schlecht, daß ich nach Rücksprache mit den Regimentskommandeuren nur die zuverlässigsten Leute aus dem Rekrutendepot in die Front nahm.“ Während Ludendorff also der Meinung war, der 1918 noch aufzubringende Ersah sei ausreichend, um den Krieg noch zu gewinnen und keineswegs etwas davon gesagt hatte, daß dieser Ersah vom „Dolchstoßgeist“ der Heimat bereits angekränkt sei, stellen seine Frontoffiziere das Gegenteil fest. An wen, Herr Dolchstoßprofessor, soll man sich denn nun halten? Haben wir den Krieg verloren, wie Ludendorff in der Sitzung vom 29. September sagte, weil die Armee müde und die bulgarische Front durchbrochen war, und hätten wir den Krieg noch gewinnen können, wenn es noch dazu gekommen wäre, den neuen Ersah in die Front zu bringen, oder haben wir den Krieg verloren, weil eben dieser hoffnungsvolle Ersah bereits gemuntert, weil eben dieser Ersah, auf den Herr Ludendorff als auf

die letzte Karte wieder einmal alles zu sehen bereit war, nichts taugte, wie Lubendorffs Generale auslagen? Herr Professor Cohnmann ist so freundlich, uns alle Möglichkeiten offenzulassen, auch die sich widersprechenden; die Anhänger der Dolchstoßlüge können sich dann von den vielseitigen Begründungen herausfinden, was ihnen zur intellektuellen Sicherung ihrer Konfessionsformel brauchbar erscheint. Den kritischen Lesern seiner „Dokumente“ aber muß Herr Professor schon gestatten, zu versuchen, ob man das beigebrachte Material in eine Linie bringen kann, und wenn das nicht möglich ist, zu der Feststellung kommen, daß da etwas nicht stimmt.

Der Herausgeber der Dolchstoßdokumente rennt in einem weiteren Punkte offene Türen ein. Daß die Agitation betrieben worden ist, von der er berichtet, bestreitet niemand, der sie kennt. Die Frage, um die es sich handelt, ist doch aber die: Ist die Agitation gegen den Krieg, ist die von Lubendorff bestellte Mäßigkeit der Arme, sind die Streiks in der Heimat die entscheidenden Faktoren für die militärische Niederlage Deutschlands gewesen oder haben sie sie nicht herbeigeführt, sondern sind sie vielleicht erst aus der Länge des Krieges, aus der maßlosen Ueberspannung des militärischen Prinzips und aus der übermenschlichen Anspannung der Kräfte eines Volkes hervorgegangen? Diese entscheidende Frage läßt der Herr Professor nichtigterweise ganz ununtersucht; und doch könnte er hier den wahren Grund zu allen den Vorgängen finden, über die er sich so lebhaft entzündet. Schließlich wird auch dem Herrn Professor bekannt sein, daß die ganze Dolchstoßlüge nur zur Entlastung der Generale erfunden worden ist, die die Schuld für den Verlust des Krieges in echt deutschem Mannesmut auf andere abwälzen. Es wird weiter vielleicht auch dem Herrn Professor bekannt sein, daß die von ihm dargestellte Agitation doch, um überhaupt wirken zu können, eine entsprechende psychologische Situation zur Voraussetzung haben mußte; ein so straff organisiertes Heer wie das deutsche kann nicht plötzlich morsch werden, auch durch die eifrigste Agitation nicht (deren Umfang übrigens der gute Professor überschätzt), wenn nicht in dem System des Militärs selbst die Voraussetzungen liegen.

Es sei noch einmal an einem Beispiel gezeigt, welche Bedeutung der Herausgeber der Agitation zumißt und für wie dumm er das tüchtige deutsche Volk selbst hält. In der „Zusammenfassung“ des Inhaltes seiner „Dokumente“ sagt Professor Cohnmann:

Wenn der Abgeordnete Cohn (USP.), wie wir gesehen haben am 22. Februar 1918 als einen im Felde üblichen Spruch anführt: „Der Krieg geht für die Reichen, die Armen zu haben die Leichen“, so lag die Täuschung der Öffentlichkeit darin, daß die USP-Abgeordneten so taten, als ob derartige Ansichten von selbst in der deutschen Wehrmacht entstanden seien, während sie mußten, daß sie diese Meinung, der Krieg gehe für die Reichen, erst künstlich geschaffen hätten.“

Mit diesen Worten zeigt der Herausgeber zunächst einmal, daß er von den wirklichen Vorgängen im Felde und von der Gestaltung der Frontsoldaten keine Ahnung hat. Es ist doch, gelinde gesagt, eine Beleidigung des ganzen Volkes, wenn man es als eine Herde von Trotteln darstellt, die sich von einer kleinen Anzahl von USP-Abgeordneten so anführen läßt, ohne es zu merken und auf Grund dieser Lügen den Krieg verloren gibt. Das muß Herr Cohnmann jemand weismachen lassen, der von Psychologie keinen Schimmer hat. Selbst wenn dieser oben widergegebene Spruch erst von der USP. ins Feld getragen worden wäre — was nicht wahr ist — selbst dann hätte er doch nur wirken können, wenn er in den von den Soldaten selbst zu beobachtenden Tatsachen irgendeine Stütze gefunden hätte; oder geht die Liebe Herrn Cohnmanns zu seinem Volke soweit, daß er es für eine Sammlung von Idioten hält, die alles, was ihnen irgendwer erzählt, glauben? Glaubt der Herr Professor im Ernste, wir hätten draußen nicht gemerkt, was los war? Soll vielleicht dem Frontsoldaten unbekannt geblieben sein, daß schon 1915 ausgerechnet die Wirtschaftskräfte der Unternehmern die weitreichenden Annektionspläne als Kriegsziel aufstellten? Soll der Frontsoldat vielleicht nicht den Unterschied zwischen seinem Drahtverhaue und dem Eisen in den Offiziersstiefeln gemerkt haben? Soll der Frontsoldat vielleicht keine Ahnung davon gehabt haben, wie sehr die Kriegsgewinnler an der Verlängerung des Krieges interessiert waren, und nicht gemerkt haben, daß sich unter den Kriegsgewinnlern keineswegs etwa nur Juden, sondern so „prominente Christen“ wie Hugo Stinnes befanden? Will der Herr Professor nicht einmal definieren, für wie dumm er eigentlich die im Felde stehenden Deutschen gehalten hat, daß sie erst einer „Verhehlung“ durch Abgeordnete der USP. bedürft hätten, um auf Dinge aufmerksam zu werden, die zwar da waren, die aber der Herr Professor selbst noch leugnet, mindestens aber nicht erwähnt? Nein, diese Liebesmühe ist vergeblich. Die Zahl derer, die den Unterschied zwischen einem Mustotendasein und dem Leben im Kasino kennen gelernt haben, ist zu groß. Es wissen zu viele Leute, daß man sich zu gewissen Zeiten für die Ablieferung einer entsprechenden Anzahl Goldstücke Urlaubstage kaufen konnte, es sind zu viele Frontsoldaten da, die auf Urlaub oder Dienstreise die großen Risten mit der Beute der Herren Offiziere nach Hause bringen mußten. Mit einem Wort: der Herr Professor möge sich nicht bemühen, es sind zu viele da, die Bescheid wissen!

Vielleicht legt der Herr Professor Cohnmann trotzdem seine politische Brunnengiftung fort, das ist leicht möglich, weil ja doch eine gewisse Bewegung in Deutschland nur davon lebt, diejenige, die jahrelang draußen gelitten haben, unter dem Beifall hysterischer Damen und unreifer dumme Jungen zu beschimpfen, wie das z. B. im Hitlerprozeß geschehen ist. Auch diese Zeit wird vorübergehen, und schon die letzte Reichstagswahl, die doch unter dem denkbar günstigsten Stern für die Reaktion stattfand, hat gezeigt, daß in Deutschland die Bäume der Generale nicht in den Himmel wachsen. Lügen haben kurze Beine, und so wird auch die Dolchstoßlüge sich ihre Beine ablaufen, selbst wenn sie Herr Cohnmann in dem Prokrustesbett seiner Sonderhefte krampfhaft zu strecken versucht.

Der erste Etat der Labourregierung.

B. A. Der englische Schatzkanzler Snowden hat dem Unterhaus den vom Lande mit Spannung erwarteten ersten Haushaltsplan der englischen Arbeiterregierung vorgelegt. Die Ausgaben für das Jahr 1924/25 werden mit rund 700 Millionen Pfund Sterling veranschlagt, denen eine geschätzte Einnahme von 828 Millionen Pfund gegenübersteht, wenn die bisherigen Grundzüge der Besteuerung sowie der sonstigen Einnahmeposten in vollem Umfange in Geltung bleiben. Während in den letzten Jahren stets mit einer übertriebenen Bericht budgetiert wurde, so daß alljährlich sehr erhebliche Ueberschüsse verbüchert, die zur Abtragung der ungeheuren englischen Schuld, die gegenwärtig etwa 7½ Milliarden Pfund beträgt und über 300 Millionen Pfund jährlichen Zinsendienst erfordert, mitverwendet wurden, ist Snowden bei der Berechnung der

zu erwartenden Einnahmen von vornherein optimistisch. Er läßt den Ueberschuß seines Etats fast in vollem Umfange zur Verminderung der steuerlichen Belastung des englischen Volkes Verwendung finden.

Die vorgesehene Erleichterung sind, nach der englischen Presse zu urteilen, sehr geschickt gewählt und geeignet, das Labourbudget überaus populär zu machen und gegebenenfalls eine günstige Plattform für etwaige Neuwahlen zu schaffen. In der Hauptsache ist vorgesehen:

a) zugunsten der Geschäftswelt die Aufhebung der Sonder Einkommensteuer der Gesellschaften, die bisher 2½ Prozent betrug; der finanzielle Ausfall wird mit 2 Millionen Pfund für den Rest des Etatsjahres veranschlagt. Ferner eine Ermäßigung der Teilpönggebühren;

b) zugunsten der breiten Massen: die Herabsetzung der Zuckergölle von 2½ auf 1¼ d, der Teerölle von 8 auf 4 d, ferner der Kaffee- und Kakaoölle, der Abgaben auf eine Reihe von Getränken und eine wesentliche Ermäßigung der Vergütungssteuer auf den billigeren Plätzen;

c) außerdem der Wegfall der Wohnhaussteuer sowie mit Wirkung vom 1. August, der sogenannten MacKenna-Zölle, die als Kaffee- und Kakaoölle, der Abgaben auf eine Reihe von Getränken und eine wesentliche Ermäßigung der Vergütungssteuer auf den billigeren Plätzen;

Die wichtigsten wichtigsten Positionen sind die Zolleremäßigungen für Zucker, die einen Ausfall von über 17 Millionen Pfund, also annähernd 825 Millionen Goldmark bedeuten, und die für Tee, die eine Mindereinnahme von 3 Millionen Pfund verursachen.

Eine Erhöhung von Steuern ist nicht erfolgt, die Beschränkungen der englischen Bourgeoisie wegen einer Heraushebung der Erbschaftsteuer und der Einkommensteuer bei den großen Einkommen haben sich nicht als berechtigt erwiesen. Das Budget ist in keiner Weise von der Grundlage abgewichen, die den Gedankengängen der Liberalen entspricht, von denen daher auch der Haushaltsplan als „ein im Geiste Gladstones“ aufgebauter liberaler Etat bezeichnet wird, dem die liberale Partei, wie es sofort ihr Sprecher, Asquith, betonte, durchaus zustimmend gegenübersteht. Auch die Konservativen haben wenig auszusagen; ihr Redner, Sir Robert Borne, vermochte, wie der Manchester Guardian unterstreicht, nichts Durchschlagendes gegen den Entwurf vorzubringen, und auch im Lande scheint der Eindruck im allgemeinen günstig zu sein. Die Herabsetzung der Zölle hat im Kleinhandel unmittelbar zu einer Preislenkung der im englischen Haushalt eine sehr bedeutende Rolle spielenden Nahrungsmittel: Zucker, Marmelade, Tee geführt; das hat den Hausfrauen Freude gemacht. Die von der City seit langem erstrebte Körperschaftsteuerbeseitigung und die Beseitigung jeder Steuererhöhung sind der Geschäftswelt überaus angenehm. Die Verringerung der Vergütungssteuer wirkt sich für den Geldbeutel des Kinobesuchers vorteilhaft aus und der Wegfall der MacKenna-Zölle, der von den betroffenen Industrien scharf bekämpft wird, entspricht nicht nur dem bei der letzten Wahl abgegebenen Freiheitsversprechen des Landes, sondern ist auch dadurch, daß die Aushebung drei Monate vorher angekündigt ist, für die beteiligten Wirtschaftskreise erträglicher geworden.

Der nach Durchführung dieser Steuerermäßigungen noch verbleibende Ueberschuß von 4 Millionen Pfund soll nach den Berechnungen des Schatzkanzlers zur Bekämpfung von Ausgaben dienen, die sich aus noch nicht spruchreifen Vorlagen über Alterspensionen, Wohnungsbau und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit usw. ergeben dürften.

Das Merkmal des Budgets ist das Fehlen jedes spezifischen Labourgeschäftspunktes, sei es bei der Veranschlagung von Ausgaben für große sozialpolitische Aufgaben, sei es bei der Neugestaltung der Einnahmeseite durch höhere Steuern für die Besitzenden. Das Programm der Partei: Kapitalabgabe zur Verminderung der Staatsschuld im Budget fehlt, ist bei der parlamentarischen Lage erklärlich, aber die liberale Presse glaubt doch, mehr oder minder deutlich auf dieses Fehlen jeder sozialistischen Färbung des Etats hinweisen zu müssen. Sie hat immer wieder scharf unterstrichen, daß Snowden einen der besten, gelindesten und klarsten „liberalen“ Haushaltspläne vorgelegt habe, der dem Unterhaus seit langem unterbreitet wurde.

Die Labourpartei selbst dürfte sich wohl von der Ansicht leiten lassen, daß sie erst eine Atmosphäre des Vertrauens zu der von ihr geführten Vorgängen und durchaus vom Bestehenden ausgehenden Politik im Lande schaffen müsse, bei gleichzeitiger Sorge für eine vernünftige Finanzwirtschaft und mögliche Erleichterung der Lage der arbeitenden Klasse, und daß sie sich auf diese Weise den Weg freimache zur Gewinnung einer zukünftigen parlamentarischen Mehrheit, die ihr dann eine einschläfernde Einstellung auf die von ihr proklamierten Labourziele gestatten würde.

Zedenfalls aber zeigt auch dieser Budgetentwurf wieder den außerordentlich gesunden Stand der englischen Staatsfinanzwirtschaft deutlich auf. Die Einnahmen aus Reparationen sind nicht etabliert, man rechnet mit ihnen im Einnahmeveranschlag nicht. Sollten sie trotzdem in gewissem Umfange zu fließen beginnen, so wird dies als ein unvorhergesehener Glücksfall betrachtet. Die große Schuld nach außen und innen wird prompt und vereinbarungsgemäß verzinnt und getilgt, ja die bisherigen Ueberschüsse haben die Treasury sogar in den Stand gesetzt, einen nicht unerheblichen Teil der inneren und äußeren Verschuldung vorzeitig abzutragen. Die scharfe Steuerpolitik der Kriegs- und Nachkriegszeit hat sich für den Staat als durchaus richtig erwiesen. Der diesmalige Etat ist bereits ein Schritt auf dem Wege des Abbaus der Belastung der Bevölkerung und es ist kein Zweifel, daß weitere Maßnahmen in dieser Richtung bald möglich sein werden, wenn durch die Regelung des Reparationsproblems erst die gesamte Weltwirtschaft aus dem gegenwärtigen Zustande der Unruhe und des Mistragens befreit und eine Besserung der Gesamtlage dadurch herbeigeführt sein wird. Hoffentlich wird es dann auch, gestützt auf das Vertrauen der arbeitenden Schichten des Landes, der englischen Arbeiterpartei gelingen, eine feste parlamentarische Basis zu erlangen, um alsdann durch eine in die Richtung sozialistischer Neuordnung weisende Wirtschafts- und Finanzpolitik auch für die kontinental-europäische Arbeiterbewegung fördernd und anregend zu wirken.

Die deutschnational-völkische Zelle.

Im Reichsverband der Industrie hatte sich eine völkisch-deutschnationalistische Zelle eingeknistet, um diese große Unternehmerorganisation der deutschnational-völkischen Politik dienlich zu machen. Die politische Auffassung des Reichsverbandes deckt sich im allgemeinen mit der der Deutschen Volkspartei; man kann vielleicht richtiger sagen, die Politik der Deutschen Volkspartei wird durch den Reichsverband der Industrie bestimmt. Nun wissen die Deutschen nationalen als Realpolitiker nur zu gut, daß man nur Macht hinter sich hat, wenn man sich auf starke Wirtschaftsorganisationen stützen kann, deshalb setzten sie dem Reichsverband diese Laus in den Pelz. Sie bauten in ihn eine Zelle, ähnlich wie es die Kommunisten auf Geheiß Moskaus in den Gewerkschaften tun, freilich auch mit demselben Ergebnis: Es kam zur Aufspaltung. Mitte April trat die deutschnational-völkische Zelle mit einer eigenen Gründung hervor, weil sie mit ihrer Mitharbeit im Reichsverband nicht durchkam, sondern auf heftigen Widerstand stieß.

Am Montag hat diese Organisation, die sich Industriellen-Vereinigung nennt, im Stinneschen Esplanadenhotel in Berlin tagend, um zum Sachverständigenrat eine Stellung zu nehmen. Die Angabe über die Teilnehmerzahl schwankt zwischen 300 und 500; auf ein paar mehr oder

weniger kommt es übrigens nicht an. Von größerem Interesse sind die Akteure der Veranstaltung. Alle die völkisch-deutschnationalistischen Politiker und politischen Eisenfreier waren da: General Waller, der Feld von W. n. s. r., Graf Reventlow, der mit seinem großen Naule England während des Krieges veräußert hat, der wunderliche Aldeutsche Barmeister, der neue deutschnationalistische Reichstagsabgeordnete Quack und eine größere Zahl bekannter Unternehmer; auch der Reichsverband war durch sein Vorstandsmitglied v. Borzig vertreten; offenbar sollte er auf die Angriffe antworten, die gegen den Reichsverband erhoben werden. Das ist auch geschehen, es kam aber dabei zu einem solchen Krach, daß er den Saal verließ. Der „Finanzsachverständige“ der Deutschen Tageszeitung, Bang, hielt eine Pause im Stille Helfferichs und auch erfüllt von derselben Wahrheitsliebe. Der Tenor war: Das Sachverständigenratgutachten ist ein zweites Versailles, die Reichsregierung und der Reichsverband der Industrie begeben an den Interessen Deutschlands Verrat, wenn sie sich ihm unterwerfen, die Außenpolitik Deutschlands darf sich um nichts anderes als um die Kriegsschuldfrage drehen, wobei dieser politische Hanswurst keineswegs meinte, es sei eine Lüge, wenn man die Schuld der deutschen Kriegspartei am Kriegsausbruch leugne, sondern umgekehrt, es seien die reinen, unbesetzten Friedensengel. In dieselbe Kerbe hieben noch ein paar Gleichgesinnte, wobei sie ihre Angriffe mit persönlichen Verdächtigungen spickten, die sie gegen Regierungsmitglieder und Reichsverbandmitglieder richteten. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, wenn Borzig als Vertreter des Reichsverbandes heftig erwiderte, so daß es zum Krach kam, in besserem Verlauf Borzig dann den Saal verließ. Die wilden Männer stimmten am Schluß einer Entschließung zu, deren letzter Absatz lautet:

„Die Verammelten fordern den Reichsverband der Deutschen Industrie auf, von seiner Leitung eine Nachprüfung ihrer Stellungnahme zu dem Gutachten zu erzwängen und dafür zu sorgen, daß der Reichsverband die Reichsregierung vor Wegen warnt, die mit Sicherheit ins Verderben führen.“

Wer zweifelt da noch, daß es sich um eine deutschnational-völkische Sache handelt?

Zum Bajazzentrummel.

Ein amtlicher Bericht über den „Mantentag“.

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Am Sonntag hat in Hüttenmühle a. d. Spree der sogenannte Mantentag, zu dem 2000 Teilnehmer angemeldet waren, unter einer Beteiligung stattgefunden, die nicht ganz dieser Zahl entsprach. Dagegen waren von auswärtig etwa 3000 Kommunisten gekommen. Die Meldung der Berliner Montag-Morgenzeitung Der Montag, die über blutige Zusammenstöße mit der Schupo berichtet, non drei schwerverletzten Beamten und ferner davon spricht, daß durch einen Schuß aus einem am Markt gelegenen Haus ein Polizeibeamter und der Major v. Tressow verletzt worden wären, scheint deshalb weit über das Ziel hinaus. Insbesondere ist weder Major v. Tressow noch ein anderer Polizeibeamter durch Schüsse verletzt worden.

Einer Blättermeldung zufolge befanden sich unter den gestrigen in Hüttenmühle festgenommenen Kommunisten auch die beiden kommunistischen Landtagsabgeordneten Gelske und Hoffmann, die die Leitung der kommunistischen Aktion gegen den Mantentag in der Hand hatten. Beide sind nach Feststellung ihrer Personalien wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Es soll gegen sie ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet werden, wenn das Parlament keine Zustimmung dazu erteilt. Auch gegen die 75 in Haft gehaltenen Kommunisten wird das Verfahren wegen Landfriedensbruchs und ferner wegen Aufreizung zu Gewalttaten, Adversverletzung usw. eröffnet werden.

Die Haltung der Reichsregierung.

WB. teilt mit: Entgegen der Darstellung gewisser Blätter, wonach der Reichskanzler sich aus außenpolitischen Gründen gegen die Abhaltung einer Schlagerei unter freiem Himmel in Berlin ausgesprochen und im Reichskabinett in dieser Frage keine Einmütigkeit geherrscht haben soll, erfahren wir, daß der Reichskanzler überhaupt keine Veranlassung gehabt hat, sich mit der in Frage stehenden Angelegenheit rein politischer Charaktere zu befassen. Das ganze Reichskabinett teilt jedoch den Standpunkt der preussischen Regierung, daß zur Zeit die Leidenschaftlichkeit der innerpolitischen Kämpfe solche Formen angenommen hat, daß Versammlungen unter freiem Himmel, bei denen die Gegenläufer erregungsgemäß zu ersten Ausschreitungen führen, einzuweisen nicht gebühret werden können.

Der Vorwärts erfährt, daß am Montag im Reichstagsitzungssaal des Reichstages eine Besprechung von Vertretern der Innenministerien der Länder stattgefunden hat. Die Besprechung habe der Anwendung des strikten Ausnahmezustandes auf die von den Reichsabitaklen veranstalteten Festmahlzeiten und Deutschen Tage gegolten.

Sozialdemokratische Interpellation über die Vorgänge in Halle.

SD. Wegen der Vorgänge, die sich in Halle bei der Einweihung des Malko-Denkmal abspielten, hat die sozialdemokratische Fraktion im preussischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht:

1. Warum hat das Staatsministerium die Versammlungen unter freiem Himmel in Halle a. S. am 11. Mai genehmigt, während alle entsprechenden Veranstaltungen der Arbeiterpartei am 1. Mai ausnahmslos verboten worden sind? Konnte das Staatsministerium nicht voraussehen, daß die Denkmalweihung in Halle zu monarchistischen und militaristischen Kundgebungen ausgenutzt werden würde?

2. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um für die Zukunft zu garantieren, daß in Preußen wie bisher die öffentliche Ordnung gegen alle Beopagandisten des Bürgerkriegs unbedingt gesichert wird? Ist das Staatsministerium bereit, die Gewähr dafür zu übernehmen, daß bei der Handhabung der polizeilichen Befugnisse nicht wieder wie in diesem Falle verschiedene Bevölkerungskreise mit verschiedenem Maß gemessen werden?

Ein Waffenlager der Völkischen ausgehoben.

II. Stettin, 20. Mai. Der sozialdemokratische Volksbote bringt folgende Meldung: Am Freitag vergangener Woche gruben Landarbeiter auf einem Acker des deutschvölkischen Führers, Kaisershofen in Neu-Rosow bei Colbitz, ein Waffenlager aus. Gefunden wurden u. a. 31 M.-G.-Schüsse, 30 Patronenrommelkugeln und 18 M.-G.-Kugeln, Handwaffenstücke und zwei kleine Risten mit Schloßteilen. Die Waffen wurden beschlagnahmt.

General Townsend gestorben. Nach einer Meldung aus Paris ist General Townsend, der sich während des Krieges als Vertreter von Kutschera einen Namen gemacht hatte, am Sonntag dort plötzlich in der Wohnung seiner Mutter gestorben.

Tiefer in die Massen hinein!

Die Reichstagswahlen haben den Kommunisten einen Sieg gebracht, der sicher bei weitem nicht so bedeutend ist, wie es der bloßen Mandatszahl nach den Anschein hat...

Der Wiederaufstieg der Sozialdemokratie hängt rein äußerlich mit der Stabilisierung der Währung zusammen. Auch der Niedergang der völkischen Bewegung ist mit Leichtigkeit auf die Auswirkungen der Stabilisierung zurückzuführen...

Sehr lehrreich sind in diesem Sinne einerseits die Debatten auf dem letzten kommunistischen Parteitag in Frankfurt, andererseits die bandwurmartigen Ergebnisse, die die Exekutive der kommunistischen Internationale dem Parteitag und dem Richtungsstreik in der SPD gewidmet hat...

- 1. Das weitere Tempo der revolutionären Entwicklung in Deutschland.
2. Die Taktik der Einheitsfront.
3. Die Frage der Teilforderungen und Übergangslösungen.
4. Die Frage der Gewerkschaften.
5. Die organisatorischen Fragen.

Da es andre Probleme der Taktik kaum noch geben dürfte, ergibt sich, daß in der SPD, vor dem Parteitag ein planloses Durcheinander in allen möglichen Fragen der Theorie, Politik und Taktik herrschte...

Auf dem Parteitag trat aber erst klar zutage, daß sich alle Meinungsverschiedenheiten, die Sinowjew nach fünf Punkten gruppiert, im Grunde um den einen Punkt drehen, der mit dem Ablauf der Inflationswelle auf geworden war, um die Frage des weiteren Tempos der revolutionären Entwicklung in Deutschland...

Die Linke war weitgehend, sie sah, daß sich die Verhältnisse geändert hatten, daß ein Weisermuskel aus eigenem Parteinteresse verhindert werden mußte. Sie zog die einzig mögliche Konsequenz und stellte fest, daß wir, um mit Sinowjew zu reden, vor einer la, mizerigen Periode der Entwicklung stehen...

Die Linke der SPD, die (jetzige Mehrheit) hat klar erkannt (Ihr Vertreter auf dem Parteitag hat es in seinem Referat besonders deutlich unterstrichen), welche Alternative sich aus der Feststellung ergibt, daß der Kapitalismus in ein Stadium relativer Stabilität eingetreten sei...

Entweder man paßt sich an die veränderte Situation an und versucht durch praktischen Massenkampf in den 'reformistischen', 'gelben', 'zurückgebliebenen' Massen Boden zu fassen. Dann aber ist man gezwungen, politisch zu den aus dem Klassenkampf heraus erwachsenen Problemen Stellung zu nehmen, auf das Hineintragen besonders 'fortgeschrittener' Revolutionsideologie in das Proletariat zu verzichten...

Was ist der eigentliche Gehalt des kommunistischen Linkskurses? Die Beantwortung der Frage erfordert einen kleinen Exkurs in die Geschichte und Theorie des Volksweltismus. Schon zu Beginn unseres Jahrhunderts entwickelte Lenin seine angeblich marxistische Theorie, wonach das Proletariat durch die kapitalistische Entwicklung und den aus ihr hervorwachsenden elementaren Klassenkampf nicht reif werden könne zur Führung des Kampfes um den Sozialismus...

Diese Theorie, die mit Marxismus nichts zu tun hat, erhielt schon von Rosa Luxemburg ihre berühmte Abfertigung mit den Worten: 'Tatsächlich ist die Sozialdemokratie aber nicht mit der Organisation der Arbeiterklassen verbunden, sondern sie ist die eigene Bewegung der Arbeiterklasse...'...

Im der Wandlung des Kommunismus zur Sozialdemokratie, wie sie in der relativten Stabilitätsperiode notwendig eintritt, muß man, wie man aus der SPD, einen Verschwörerplan machen, die Arbeiter, die im täglichen Kampf um Leben und Brot stehen, auf Irreführung zu verweisen...

* Georg Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein. Studien über marxistische Dialektik. Malik-Verlag, Berlin, 242 Seiten.

anders können, als in sinnlosen Wutreden und bewaffneten Aufständen die Kraft der hinter ihr hehrenden Arbeitermassen verpuffen zu lassen, um sich so der eigentlichen Arbeiterbewegung immer mehr zu entfremden und nach und nach in der Verkennung zu verwinden...

Das Ergebnis der Reichstagswahlen.

Der Leipziger Wahlkreis in vorderster Front.

Der Vorwärts bringt eine Aufstellung über die Ergebnisse der Reichstagswahlen und den prozentualen Anteil, den die Arbeiterpartei an den Gesamtstimmen haben. Das Verhältnis gestaltet sich folgendermaßen:

Table with columns: Wahlkreis, Namen, Überhaut, SPD, %, usw. and rows for various German states like Ostpreußen, Berlin, Potsdam, etc.

Der Vorwärts stellt fest, daß unter sämtlichen Wahlkreisen nur vier vorzuziehen sind, die mehr als bis zu 30 Prozent aller abgegebenen Stimmen für die Sozialdemokratische Partei zu erhalten vermochten. An der Spitze steht Dresden, der Wahlkreis mit den jungen Redakteuren und Schullehrern, mit 38,8 Prozent...

Der Vorwärts stellt fest, daß in 'nur' sechs von den 85 Wahlkreisen die sozialdemokratischen Stimmen hinter denen der Kommunisten zurückgeblieben sind. Es handelt sich dabei um die Kreise Opelein, Merseburg-Halle, Westfalen-Süd (Dortmund-Bochum), Köln-Lachon, Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West.

Ähnliches Ergebnis der Abstimmung in Hannover.

Hannover, 19. Mai. Das amtliche Gesamtergebnis der Vorabstimmung aus den fünf abstimmungsberechtigten Regierungsbezirken ist folgendes: Hannover 144 818 Ja-Stimmen, Hildesheim 82 691, Lüneburg 116 704, Stade 70 882, Donauvied 33 888, das sind zusammen 448 983 Ja-Stimmen. Stimmberechtigt im ganzen waren 1 708 800 Stimmen. Ein Drittel davon gleich 569 600 Stimmen, demnach sich zu wenig abgegeben worden 1 40 000 Stimmen.

„Der Krieg geht weiter.“

II. Hannover, 19. Mai. Der Hauptanstoß für die Volksabstimmung erlährt in der hannoverschen Landesregierung folgenden Aufzug: Hannoveraner! Die Schlacht ist geschlagen, der Krieg geht weiter. Ohne perretit, alles gereselt. Wir haben nicht geliegt, uns aber mit Ehren behauptet. Niedertracht, Gemeinheit und gehässige Verleumdung, verbunden mit den Machtmitteln des preussischen Staates haben die große deutsche Idee sich nicht durchsetzen lassen gegen den preussischen Vorkriegs-Liberalismus...

Berlin gegen München. Wie das Berliner Tageblatt erzählt, hat der preussische Ministerpräsident Braun durch den preussischen Gesandten in München beim bayerischen Ministerpräsidenten von Ailingk Einspruch gegen den Brief des bayerischen Ministers des Innern Schwenker erhoben, den dieser während des Abstimmungskampfes in Hannover an die Wesseln gerichtet und in dem er seine Sympathie verifiziert hatte.

Für klare Bahn.

SPD. Frankfurt a. M., 17. Mai. Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht im ersten Morgenblatt vom Sonntag, Nr. 370, zwei politische Briefe. Der eine vom Reichstagspräsidenten Loebe, der andre vom Zentrumsvizepräsidenten Joos. Präsident Loebe stellt zunächst fest, daß die Reichsregierung mit ihrer Kampfstellung gegen die amnestierenden Forderungen der Deutschnationalen die völlige Willigung der Sozialdemokratie finde...

werden könne, sei es durch eine Auflösung des Reichstages und durch eine nochmalige Entscheidung des Volkes unter der alleinigen Parole: Für oder gegen die internationale Vereinbarung, oder durch einen Volksentscheid. Präsident Loebe begründet es deshalb, daß die Regierung im Reichstage selber eine Entscheidung über die beunruhigende Frage herbeiführen will. Bleibt sie auf diesem Standpunkte stehen, so wird sie sich auch eine Mehrheit sichern, entweder im Reichstage oder aber im Volke selbst.

Der Zentrumsvizepräsident Joos warnt in seinem Briefe davor, die gegenwärtige parlamentarische Lage zu leichtfertigen Spielereien zu mißbrauchen. Wir stehen vor einer Wende in der Politik der Mächte. Die Entschiedenheiten und die Vorklänge der Sachverständigen seien ihre Ausdruck. Sie müssen die Grundlage zu gewissenhaften Verhandlungen sein. Das Schicksal der Nation und letzte Hoffnungen seien darin eingeschlossen, darüber gebe es im besetzten Gebiet nur eine Meinung. Darum wisse man der Reichsregierung Dank für ihre klug abwägende, ruhige Haltung. Es wäre unverständlich, wenn sie auch nur für Tage die Weiterführung zur Lösung unterbrechen würde...

Die Sowjelpresse zurückgepfiffen.

DE. In den Moskauer und Petersburger Blättern, die mit Protektion und scharfen Ausfällen gegen Deutschlands Regierung und Politik angefüllt waren, findet sich seit dem 14. Mai kein derartiger Ausfall mehr. Es liegt augenscheinlich ein Wind vor, den Streik nicht mehr zu schüren, was auf eine im Gange befindliche diplomatische Aktion schließen läßt.

Die Prämia begründet die Exterritorialität der Sowjet-handelsunternehmungen im Auslande mit folgenden Ausführungen: Für jeden Staat, der mit uns Geschäftsverbindungen aufnimmt, muß die Exterritorialität unserer Handelsvertretung als ein feiner Diskussions unterliegender Grundhieb feststehen, der sich aus dem ganzen Wesensart der Sowjetregierungsform und aus dem Außenhandelsmonopol ergibt. Ohne Exterritorialität der Handelsvertretung kann das Außenhandelsmonopol nicht bestehen und dieses ist eine der Grundlagen des Sowjetsystems.

Ein russisch-amerikanischer Zwischenfall.

Wie aus Moskau berichtet wird, hat nach dort eingetroffenen Meldungen die amerikanische Regierung an die chinesische Regierung eine Note geschickt, in der sie die vor der Anerkennung des Verbandes der Sowjetrepubliken warnt, da eine solche zu internationalen Verwicklungen führen würde.

Vor zwei Monaten hatten der Vertreter der chinesischen Regierung Li-Wan und der Sowjetambassadeur in Peking Karadsjan ein Abkommen zwischen China und der GSR abgeschlossen, durch das die Sowjetunion von China de jure anerkannt wurde und die Sowjetregierung auf alle Begünstigungen in China verzichtete. Der Vortrag betraf aber auch wirtschaftliche und politische Interessen anderer Großmächte, weshalb die chinesische Regierung auf Proteste Amerikas, Englands, Frankreichs und Japans die Ratifizierung des Vertrags abgelehnt und offiziell um die Abreise Karadsjans aus Peking nachgesucht hat. Die Verhandlungen wurden aber inoffiziell in Moskau und Peking fortgesetzt. Rumorbe wäre nach dieser von anderer Seite noch nicht bestätigten Meldung die Regierung der Vereinigten Staaten neuerdings in Peking eingegriffen.

Stokow nennt die amerikanische Aktion eine heilloske Unverschämtheit. Die Intervention Amerikas gehe noch viel weiter als die diesbezüglichen Noten Frankreichs. Die französische Regierung habe nur gegen die Uebergabe der ostchinesischen Bahn an ihren legalen Eigentümer protestiert. Die amerikanische Regierung jedoch verbiete China unter Androhung internationaler Komplikationen die de jure-Anerkennung der GSR. Das habe noch nie irgendeine andre Regierung getan. Bisher sei es Frankreich gewesen, das im Fernen Osten am feindseligsten gegen Sowjetrußland aufgetreten sei. Amerika beweise nun, daß es an die Stelle der geschlagenen Regierung des Nationalen Bloks treten wolle.

Von Nah und Fern.

Wollentbrüche und Hagelstürm. Donauelbsänen, 18. Mai. Starke mit Hagelsturz verbundene Gewitterregen verurachten in den Gemarkungen von Mündelungen und Weßlingen schweren Wässerregen. Durch Hochwasser wurden in Mündelungen ungefähr 10 Häuser schwer beschädigt, in Weßlingen blieben nur wenige Gebäude unversehrt. Das Unwetter wurde durch abends neuerlich niederziehende Gewitterregen noch vermehrt. Menschleben sind nicht zu beklagen, dagegen ist der Material- und Viehbesitz Schaden außerordentlich groß, zumal größere Streden verflüchtigt. Straßen und Wege aufräumen und an den Dämmen Erdstränge entlasten sind. Der Hagel, der stellenweise 40 cm hoch war, hat die Obstbäume vernichtet und die Kulturen größtenteils zerstört.

Kattowen, 17. Mai. In der Nacht zum Sonnabend ist Kattowen von einer durch einen Wollentbruch verursachten großen Ueberflutung heimgesucht worden. Viele Häuser stehen bis zu den Fenstern unter Wasser.

Schiffungslid im Kattogatt. Hamburg, 18. Mai. Bei dichtem Nebel lind im Kattogatt der deutsche Rotorochener Güntner und der dänische Dampfer Kaja zusammengekommen. Das deutsche Schiff wurde von dem Dampfer Kaja mittelmäßig gerammt und sank sofort. Die Besatzung wurde von den Booten des dänischen Dampfers gerettet.

Ein Verbrechen der Baltikumer? Magdeburg. Im Walde am Südrande des Truppenübungsplatzes Altengrabow ist ein Schädel gefunden worden, dem der Unterleber fehlt. Es wird angenommen, daß der Fund auf ein Verbrechen zurückzuführen ist, das während der Anwesenheit der Baltikumtruppen auf dem Platze verübt worden ist. Die Staatsanwaltschaft ist von dem Funde benachrichtigt worden.

Berantwortlich für den reaktionellen Teil: Ernst Frenzel in Leipzig.

Berantwortlich für den Interaktionellen: Hugo Schepff in Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Dr. Reppins Boddings wunderrein!!

Schokoladenpfeife, Vanille, Mandeln usw. usw. Allerfeinste Zutaten! Eine nahrhafte und belohnliche Ergänzung der Frühstücks- u. Sommerkost. SATYRIN zucken Nervenschwäche, Erschöpfungszustände, sex. Neurasthenie, ein anregendes u. kräftigendes Yohimbin-Hormon. Präparat, Fachärztlich begutachtet u. sehr empfohlen. In jed. Apotheke erh.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. Mai.

BSPD. Groß-Leipzig.

Wo ruft die Pflicht?

Ortsvereinsvorsitzende von Groß-Leipzig.

Sonnabend, den 24. Mai, abends 5 Uhr, im Volkshaus. Alle Ortsvereine müssen anwesend sein. Der Kreisvorstand.

Bezirks-Konferenz der Gesamt-Funktionäre

von Liebertwolkwitz, Miltitz, Naasendorf, Engelsdorf, Großpöna, Zitzschewitz, Holzhausen, Zudelhäusen, Müllau und Zweinaundorf am Freitag, dem 23. Mai, abends 1/8 Uhr, im Restaurant zum Bahnhof in Zudelhäusen. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Bezirksauswahl. Referent Genosse Schmidt. 2. Aufstellung der Kandidaten zum Bezirkskongress. Das Erscheinen der Gemeindevorsteher ist unbedingt erforderlich.

Jugend.

SPD. Groß-Leipzig. Mitgliederversammlung morgen Mittwoch, 1/8 Uhr, in der Hauptbahnhofskantine, Ostseite. Mitgliedsbuch mitbringen.

Kindergruppe.

V. O. K. Wir spielen Mittwoch, nachmittags von 4-6 Uhr, auf der Tunnelwiese. Bei schlechtem Wetter in der Bernhardtstraße bei Band.

Mädern. Alle Knaben und Mädchen, welche an der Werbewoche der Kinderfreunde teilnehmen wollen, treffen sich Sonntag, früh 8 Uhr, am Stadtplatz zum Umzug.

Tonlagers und Donnerstags, von 5 Uhr an, Spielen auf der Wiese am Heumweg.

Arbeiter-Bildungsinstitut.

Besucht heute Dienstag alle die Kinderfreunde-Veranstaltung im Felsenkeller, abends 1/8 Uhr. Mundervolles Festspiel mit Kinderchor und Reigen.

Kinder von Magwitz-Kindergarten treffen sich morgen Mittwoch, abends 1/8 Uhr, an ihren Schulen. Laternen mitbringen. Die Kinder von Schleichwitz gehen mit Laternen späteren. Lehrer und Elternräte zur Hilfe erbeten.

Kinderchor Weßen. Mittwoch, 1/8 Uhr, Singen in der Schule, Merseburger Straße. Alle kommen.

Mitglieder-Versammlungen der BSPD. Groß-Leipzig.

Tauscha. Die Bibliothek ist zwecks Revision geschlossen. Wir bitten, die entlehnten Bücher bestimmt am nächsten Sonntag abzugeben.

Böhlitz-Ehrenberg. Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, im Kindergarten. 1. Vortrag des Genossen Redakteur Fichte über Die deutschen und französischen Wahlen. 2. Aussprache. 3. Verschiedenes.

Werbewoche der Kinderfreunde.

Bei der Veranstaltung, gestern abend, im großen Saal des Volkshauses, kam nach kurzer Ansprache über Wege und Ziele der Kinderfreunde das Festspiel „Der deutsche Wald“ zur Ausführung. Die Aufführenden waren etwa 120 Kinder der 38. Volksschule unter Leitung des Lehrers Herrn Jäging (Weißhede Reinecke).

Dieses Festspiel ist eine Vereinnahmung der schönsten Volks- und Kinderlieder, die sich um den deutschen Wald gruppieren. Verbunden sind sie miteinander durch Regitationen, untermischt mit szenischen Darstellungen, mimischen Gruppen- und Reigentanzführungen, begleitet von Musik. Eine Art Kinderoper kann man das Werk nennen, von Kindern aufgeführt, herauswachsend aus dem Vorstellungs- und Erlebniskreis des Kindes. So recht ein Stück für Kinderfreunde, die ja frohe Jugend pflegen wollen. Die Ausführung selbst war etwas Herzerhebendes. Die wunderbaren Volksliederworte, mehrstimmig von den seltsamen, jungen Stimmen gelungen, unter einer straffen, lebendigen Führung, waren ein großer Genuss. Dazu kommen die farbenprächtigen Bilder der Gruppen auf der Bühne, die schelmischen Epiloden aus dem Wald- und Märchenleben. Der Eisenreigen wurde so köstlich verlangt, er mußte wiederholt werden. Jeder Erwachsene, der dieses Spiel sieht, fühlt sich in seine schönste Zeit, in seine Jugend, zurückverleitet und genießt Erinnerungen wieder. So ist dieses Spiel, von der Jugend aufgeführt, ebenbürtig ein Werk für die Jugend wie für die Alten. Keiner, der kommt, es zu sehen und zu hören, kann sich seinem Reiz entziehen, dem Reiz, der aus dem Zauber der gemühten tiefen deutschen Wald- und Märchenwelt kommt, dargeboten von jugendlichen Stimmen.

Das Werk, dessen wechselreiche Aufführung fast zwei Stunden beansprucht, wird heute abend im Felsenkeller wiederholt, am Freitag im Schillerhöfchen in Gohlis. Das Programm der Feste am Mittwoch in den Friedrichshallen und Donnerstag im Schützenhaus ist eines, in dem andre Kinder und Reigentänzer mitwirken. Herr F. Reiff wird Kinderdichtungen vortragen.

Morgen abend soll illuminierten, wer Freund der Kinderfreunde ist!

Wucher bei der Untervermietung von Wohnräumen.

Die Preisprüfungsstelle Leipzig hat in Verhandlungen mit dem Wohnungspflegeramt, dem Baupolizeiamt, dem Verband der Hausbesitzervereine, dem Hausfrauenverein und dem Mieter-Schutzverband zu der Frage des immer mehr überhandnehmenden Wuchers bei der Untervermietung von Wohnräumen Stellung genommen und Maßnahmen zu seiner Bekämpfung beschlossen. Die Preisprüfungsstelle hält in Übereinstimmung mit dem Hausfrauenverein und mit dem Mieter-Schutzverband die vom Rat der Stadt Leipzig unterm 27. März 1924 veröffentlichten Sätze für die Errechnung der gesetzlichen Untermiete für leere Räume und für möblierte Räume auch im Sinne der Preisstreikerei-Verordnung vom 13. 7. 1923 für angemessen. Sie billigt nur dem Untervermieter bei Vermietung leerer Räume außer dem Unbequemlichkeitszuschlag einen Verdienst von 10 Prozent zu, während dieser bei möblierten Zimmern nicht weiter in Betracht kommt, da er in der gesetzlichen Untermiete bereits berücksichtigt ist. Die Preisprüfungsstelle hält die insofern ergänzte gesetzliche Untermiete für ein gut bürgerlich eingerichtetes Zimmer in guter (nicht bevorzugter) Wohnlage für angemessen. Untervermieter, die einen höheren Preis als die von der Preisprüfungsstelle anerkannte gesetzliche Untermiete fordern oder sich gewähren lassen, sind hierfür gegenüber der Preisstreikerei-Verordnung verantwortlich, die Bestrafung kann androht, wenn eine Vergütung (Untermiete) unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse einen übermäßigen Verdienst enthält. Untervermieter, die also eine höhere als die gesetzliche Untermiete etwa deswegen fordern oder sich gewähren lassen, weil das Zimmer durch besondere Bauart und Lage (z. B. Balkon, Erker, Aussicht, Lage nach Platz oder Park, Lage nach Sonnenseite) bevorzugt ist, haben die Berechtigung hierzu nachzuweisen. Die Preisprüfungsstelle wird alle ihr angezeigten Fälle durch Sachverständige auf die Berechtigung des Preises nachprüfen und die Fälle, in denen der ermittelte angemessene Preis überschritten ist, an die Staatsanwaltschaft abgeben. Die Untervermieter werden davor gewarnt, unangemessene Untermietpreise oder sonstige Vergütungen (z. B. Beitrag zum Lebensunterhalt), die eine Umgehung der Bestimmungen über die gesetzliche Untermiete und der Vorschriften der Preisstreikerei-Verordnung bezwecken, zu fordern oder sich gewähren zu lassen.

Ein schweres Verbrechen an einem jungen Mädchen ist am Sonntag verübt worden. Die Polizei berichtet darüber: Am Morgen des 19. Mai ist in einem Kellerraum des Hofgrundstückes Bergstraße Nr. 21 die 15jährige Arbeiterin Maria Elise Gerdau von Leipzig-Müdnitz in bestialischer Weise ermordet aufgefunden worden. Vermutlich ist das beklagte Mädchen das Opfer eines Stillschleppers geworden. Als Täter kommt nach den sofort durch die Kriminalpolizei eingeleiteten Erhebungen der Metzgermeister Friedrich Otto Krause, geboren am 28. November 1888 in Leipzig-Cottbusch, in Frage, der im Grundstück Leipzig-Thonberg, Schulgasse Nr. 3, wohnt. Der Schädel der Leiche weist mehrere tiefe Wunden auf, durch die die Gehirnmasse herausgedrungen war, außerdem war der Kopf der Länge nach gespalten. Zur Tat ist eine starke Brechstange benutzt worden. — Krause und sein Opfer waren in der Rahmenfabrik von Wittenzow u. Co., die ihren Betrieb in dem Grundstück hat, beschäftigt. Die Tat wurde am Sonntag zwischen 8 und 9 Uhr morgens verübt. Der Täter hatte das junge Mädchen brieflich um diese Zeit nach seiner Arbeitsstelle gelockt unter dem Vorbehalt, es müsse am Sonntag gearbeitet werden, es sei sehr viel zu tun. Seit der Tat ist Krause flüchtig. Er ist 1,63 Meter groß, dunkelblond, hat kräftige Figur und trägt ein kleines Schnurrärtchen. Bekleidet ist er mit grünlich-braunem Jacketanzug, grauem weichen Filzhut und braunen Lederhandschuhen. Er trägt einen Klemmer ohne Einfassung. Da Krause, der wiederholt schwer vorbestraft ist, seinen Lebensunterhalt dorneliegend aus Diebstählen bestritten hat und über genügende Geldmittel nicht verfügen dürfte, wird vermutet, daß er sich in Einbrecherkreisen verborgen hält. Dem sicheren Vernehmen nach beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, auf Ergriffung des Mörders Krause eine Belohnung von 300 Mk. auszugeben. Das Publikum wird zur Mitfahndung auf Krause aufgefordert. Jede Wahrnehmung über den Aufenthalt Krauses ist sofort der Kriminalpolizei, dem nächsten Polizeibeamten oder der nächsten Polizeiwache mitzuteilen.

Grauenhafter Mordmord in Leipzig.

Ein schweres Verbrechen an einem jungen Mädchen ist am Sonntag verübt worden. Die Polizei berichtet darüber: Am Morgen des 19. Mai ist in einem Kellerraum des Hofgrundstückes Bergstraße Nr. 21 die 15jährige Arbeiterin Maria Elise Gerdau von Leipzig-Müdnitz in bestialischer Weise ermordet aufgefunden worden. Vermutlich ist das beklagte Mädchen das Opfer eines Stillschleppers geworden. Als Täter kommt nach den sofort durch die Kriminalpolizei eingeleiteten Erhebungen der Metzgermeister Friedrich Otto Krause, geboren am 28. November 1888 in Leipzig-Cottbusch, in Frage, der im Grundstück Leipzig-Thonberg, Schulgasse Nr. 3, wohnt. Der Schädel der Leiche weist mehrere tiefe Wunden auf, durch die die Gehirnmasse herausgedrungen war, außerdem war der Kopf der Länge nach gespalten. Zur Tat ist eine starke Brechstange benutzt worden. — Krause und sein Opfer waren in der Rahmenfabrik von Wittenzow u. Co., die ihren Betrieb in dem Grundstück hat, beschäftigt. Die Tat wurde am Sonntag zwischen 8 und 9 Uhr morgens verübt. Der Täter hatte das junge Mädchen brieflich um diese Zeit nach seiner Arbeitsstelle gelockt unter dem Vorbehalt, es müsse am Sonntag gearbeitet werden, es sei sehr viel zu tun. Seit der Tat ist Krause flüchtig. Er ist 1,63 Meter groß, dunkelblond, hat kräftige Figur und trägt ein kleines Schnurrärtchen. Bekleidet ist er mit grünlich-braunem Jacketanzug, grauem weichen Filzhut und braunen Lederhandschuhen. Er trägt einen Klemmer ohne Einfassung. Da Krause, der wiederholt schwer vorbestraft ist, seinen Lebensunterhalt dorneliegend aus Diebstählen bestritten hat und über genügende Geldmittel nicht verfügen dürfte, wird vermutet, daß er sich in Einbrecherkreisen verborgen hält. Dem sicheren Vernehmen nach beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, auf Ergriffung des Mörders Krause eine Belohnung von 300 Mk. auszugeben. Das Publikum wird zur Mitfahndung auf Krause aufgefordert. Jede Wahrnehmung über den Aufenthalt Krauses ist sofort der Kriminalpolizei, dem nächsten Polizeibeamten oder der nächsten Polizeiwache mitzuteilen.

Abschlachtung der Gegner.

Den Totschlag der Gegner gibt die Sächsische Arbeiter-Zeitung als Parole aus. In einem Artikel gegen die Faschisten heißt es am Schluß:

„Haut sie nieder, wo ihr sie findet.“

Und in einem andern Artikel wird gesagt: „Vernichtet die weltgerichtlichen Gärten des Großkapitals und bereinigt die sozialdemokratische Führereliquie.“ Schlägt die Juden tot! heulen die Bolschewiken. Vernichtet die sozialdemokratischen Führer! ruft die Sächsische Arbeiter-Zeitung. Kommunistenführer und Bolschewiken sind für die Massenabschlachtung der Gegner. Von ihr erhoffen sie das Heil der Menschheit. Ueber die blutigen Leiber der erschlagenen Volksgenossen hinweg will die SPD. ihre Anhänger in das Sowjetparadies führen. Der Wahnsinn in der SPD. greift immer weiter um sich.

Landesverratsverfahren gegen die Sächsische Arbeiterzeitung.

In den Büroräumen der kommunistischen Sächsischen Arbeiter-Zeitung ist am Montagmorgen durch Beamte der Oberreichsanwaltschaft eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Wie das Blatt mitteilt, hat die Oberreichsanwaltschaft Anklage auf Landesverrat wegen eines Artikels in der Sächsischen Arbeiterzeitung vom 30. April 1924: „Die Reichswehr bildet Faschisten aus“ erhoben. Die Sächsische Arbeiter-Zeitung rätet der Justiz, recht bald den Prozeß gegen sie zu führen.

Kommunistischer Kampfkongreß in Leipzig.

Die Sächsische Arbeiter-Zeitung kündigt an, daß am Pfingstsonntag in Leipzig ein roter Tag stattfinden soll. Mit ihm verbunden werden soll ein Arbeiterkongreß der SPD., der ein politischer Kampfkongreß sein soll, und der die Aufgabe haben soll, den Kampf für die Ziele der SPD. zu organisieren. In den Betrieben soll für den roten Tag und für den Kongreß agitiert werden.

Das Kapital in — Rot.

In der bürgerlichen Presse verlangt Prof. Friedrich Thiele, daß die jetzige Geldknappheit durch die — man höre und staune — die lieben guten — Arbeiter behoben werden soll. Die Arbeiter sollen nach Thiele jede Woche von ihrem Hungerlohn einen Teil dem Unternehmer wieder zur Verfügung stellen und dann papierene Anteile erhalten, die auch noch zum Ueberfluß an der Börse gehandelt werden sollen. Die Arbeiter werden nicht so handeln und ihre ersparten Groschen dem Kapital zur Verfügung stellen. Kapitalistisches Manöver aller Art können sie leicht am ihr Geld bringen. Hat ein Arbeiter tatsächlich Geld übrig, dann stellt er es nur seinen Organisationen (Spartasse des Volkshauses, des Konsumvereins usw.) zur Verfügung.

Vom Leipziger Handwerkerfest.

Am Sonntag fand das lange angekündigte Handwerkerfest in Leipzig statt. Mittags war große Flaggensparade, wobei wir die recht eigenartige Feststellung machen konnten, daß der seit langer Zeit in Leipzig kein Unwesen treibende Bund der Friseurgehilfen und Friseurinnen mit einer Fahne beteiligt war. Der Arbeitnehmerverband für das Friseur- und Haargewerbe ist imstande, dazu folgendes anzuführen: Es bestand in der Vorkriegszeit in Leipzig ein Verein der Barber- und Friseurgehilfen, welcher sich nach dem Kriege einmütig der freien Gewerkschaft angeschlossen. Die bis dahin im Besitz des erwähnten Vereins befindliche Fahne wurde durch die Organisation dem städtischen Museum übergeben. Zu unserem nicht geringen Erstaunen prangte der neue gelbe Handwerkerstreu

Bund im Festzuge mit unserer Fahne. Wir fragen die Verwaltung des städtischen Museums: Wie kamen die Herrschaften zu dieser Fahne? Jedenfalls legen wir gegen diesen Mißbrauch die schärfste Verwarnung ein. Die Verwaltung des Museums hat kein Recht, die von uns abgegebene Fahne herauszugeben. Sie wurde abgeliefert mit dem Bemerkten, daß sie uns bei etwaigen Anforderungen wieder zurückzugeben ist. Wir verlangen, um solchen Mißbrauch vorzubeugen, die Fahne wieder zurück und geben sie dann in solche Hände, welche mit unserem Eigentum keine Rücksicht machen. Wenn die gelben Herren unter dem Protektorat Gildeschnabel das Bedürfnis empfinden, sich an öffentlichem Prunk zu beteiligen, so kann uns das gleichgültig sein. Der Verwaltung des Museums muß jedenfalls klargemacht werden, was diese Maßnahme zu bedeuten hat.

Arbeitnehmerverband für das Friseur- und Haargewerbe, Zweigverein Leipzig.

Teuerungszahlen für Leipzig.

Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug der Mindestaufwand einer aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehenden Familie in je vier Wochen in Leipzig (in Mark) für:

- 1. Nahrung, Wohnung Heizung und Beleuchtung: Teuerungszahl 1 (T 1);
2. Kleidung, Wäsche und Schuhwerk: Teuerungszahl 2 (T 2);
3. Genussmittel, Körperpflege, Kleidungsreparaturen, Hauswäsche und Wirtschaftsgegenstände, Verkehr, Kultur- und Unterhaltungszwecke, Ausgaben: Teuerungszahl 3 (T 3);
4. alle wichtigeren Lebensbedürfnisse: Gesamtteuerungszahl (T 1+T 2+T 3):

Table with 4 columns: Stichtag (T 1), (T 2), (T 3), (T 1 + T 2 + T 3). Rows show data for dates 18. 4. 24, 23. 4. 24, 30. 4. 24, 7. 5. 24, 14. 5. 24.

Änderungen im Posttarif.

Am 1. Juni treten folgende Veränderungen ein: Im Druck- und Verlagsverkehr werden unterschieden: 1. Drucksachen, bei denen handschriftlich oder mechanisch nur Firma, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Abenders, keine Fernsprechnummer, die Telegrammanzeige und der Telegrammsschlüssel sowie kein Postfach- oder Bankkonto nachgetragen oder geändert ist. Diese Art von Drucksachen werden als Vollbriefe bezeichnet. 2. Drucksachen, die außerdem noch bestimmte weitere Änderungen oder Zusätze aufweisen, heißen Teildrucksachen. Bei allen Drucksachen ist es gestattet, eine innere mit der äußeren übereinstimmende Aufschrift handschriftlich oder mechanisch anzugeben. Die Vollbriefe werden in der untersten Gewichtsklasse (bis 50 Gramm) gegen eine Gebühr von 3 Pfg. und die Teildrucksachen gegen eine Gebühr von 5 Pfg. befördert. Im übrigen bleiben die Gebührensätze in den andern Gewichtsklassen für beide Klassen unverändert. — Die Einschreibgebühr ist auf 30 Pfg. festgelegt. Die Paketgebühr beträgt bei einem Gewicht bis 5 Kilogramm in der ersten Zone 0,40, in der zweiten 0,80 und in der dritten Zone 0,80 Mk., über 5-6 Kilogramm 0,45, 0,90 und 1,20 Mk., über 6-7 Kilogramm 0,50, 1 und 1,60 Mk., über 7-8 Kilogramm 0,55, 1,20 und 2 Mk., über 8-9 Kilogramm 0,60, 1,40 und 2,40 Mk., über 9-10 Kilogramm 0,65, 1,80 und 2,80 Mk. Pakete über 10 Kilogramm müssen entsprechend höher bezahlet werden.

Börslicher Repp und Betrug.

Die „Firma“ Reinhard Müller in Piritz (Bayern) versendet Nachnahmebriefe über 4.20 Mk. an Leute, deren Adressen sie sich zu verschaffen weiß. Die Briefe enthalten 5 Blätter, auf denen ein blödsinniger dichterlicher Erguß eines Datenfreudbioten gedruckt steht. Wir warnen unsere Leser, auf diesen echt treuteufeligen börslichen Repp und Betrug hereinzufallen. Die Staatsanwaltschaft wird dafür sorgen, daß diesen nationalsozialistischen Gesellen, die auf diese verbrecherische Weise den Leuten Geld aus der Tasche ziehen wollen, das schmutzige Handwerk gründlich gelegt wird. — Treuteufel und ehrlich allweg.

Zur Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer.

Über die wir gestern im sächsischen Teil berichtet haben, wird uns noch geschrieben: Den Leipziger Freunden einer entschiedenen Schulreform wird von besonderem Interesse sein, daß auf der internen Tagung beschlossen wurde, in aller nächster Zeit auch die Leipziger Ortsgruppe neu zu beleben und im Herbst nach Leipzig eine große öffentliche Tagung zu berufen. Nachdem der Bund in der Zeit schlimmster Reaktion in ganz Deutschland, insbesondere auch in den reaktionären Gebieten Ostpreußens und Pommerns, zahlreiche Ortsgruppen gegründet und schon über 6000 Menschen aller Bevölkerungsschichten, Lehrer, Professoren, Eltern, Studenten, Jungmänner auf sein radikales Kulturprogramm vereinnahmt hat, darf er damit rechnen, daß nunmehr auch in Leipzig die Arbeit mit neuem Erfolge aufgenommen wird. Wer mittun will, wird gebeten, schon jetzt Anmeldungen oder unverbindliche Anfragen an Dr. phil. Walter Fabian, Leipzig, Robert-Schumann-Straße 3, zu richten.

Für einen edlen Sozialismus will — man lache nicht — der neugegründete Nationale Klub von Sachsen kämpfen. Wörtlich schreiben die L. N. N. in ihrer Nr. 136: Der Nationale Klub werde kämpfen gegen Marxismus, Pazifismus und Materialismus und für einen edlen Sozialismus! Unre Ärgsten Feinde sind demnach der sozialistische Weltanschauung befehrt? Lasse sich niemand durch die stumpfen Rohstänker dieser ganz schlaunen Volksbetrüger täuschen.

Preisanschreiben für den Eingang der unterirdischen Welt. Wie aus der heutigen Bekanntmachung ersichtlich ist, hat die Leipziger Messe und Ausstellungs-Aktiengesellschaft ein öffentliches Preisanschreiben zur Erlangung von Entwürfen für die Ausbildung des Haupteingangs und der Nebeneingänge der unterirdischen Welt auf dem Markte erlassen. Zur Teilnahme sind Leipziger Architekten zugelassen. Als Preisrichter wirken die Herren: Stadtbaurat Dr. Ing. Wähling, Stadtbaurat Direktor Ing. Baumeister Reimann, Architekt Herold und zwei Vorstandsmitglieder der Leipziger Messe und Ausstellungs-A.-G. Es sind Preise von 450, 350 und 250 Goldmark ausgelegt.

Malzstafee. In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß unter der Bezeichnung „Malzstafee“ Fabrikate in den Verkehr gebracht und angeboten werden, die aus nichts weiter als einfach gerösteter Gerste bestehen, die nur hin und wieder einem kurzen Weichungsprozeß un

Arbeiter-Kinderfreunde-Werbewoche

Veranstaltungen abends 1/8 Uhr
Dienstag: Felsenkeller, Mittwoch: Friedrichshallen,
Donnerstag: Schützenhaus, Freitag: Schillerhöfchen,
Sonnabend und Sonntag: Feurichsaal.

Keinem Falle jedoch einem ordnungsmäßigen Mäßigungsverfahren unterzogen worden ist. Eine solche mißbräuchliche Benutzung der Besichtigung „Matzleff“ bietet Anlaß zu strafrechtlichen Verfahren. Wir verweisen auf die Bekanntmachung gegen irreführende Besichtigung von Nahrungs- und Genussmitteln vom 26. Juni 1916 S. 1 und auf die Verordnung über höhere Kennzeichnung von Waren vom 13. Juli 1923 S. 43. Die Chemiker-Fabrik der Großen-Länders-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine in B. S. bietet für ihre Erzeugnisse absolute Gewährung einwandfreie Besichtigung.

Gewerbliche Betriebe, welche den städtischen Schloten eine größere Abwassermenge als 100 Liter pro Kopf und Tag für jede im Grundstück des Betriebs wohnende und 50 Liter pro Kopf und Tag für jede im Betrieb beschäftigte Person zuführen, haben zufolge Ortsbescheid vom 15. September 1923 für das Vierteljahr vom 1. April bis zum 30. Juni 1924 einen Schlusenbeitrag in Höhe von 2½ Goldmarken für jeden über die oben bezeichnete Norm hinaus eingeleiteten Kubikmeter Abwasser bis zum 24. Mai 1924 an das Stadtsteueramt, Rathausstr. 5, II. Obergesch. Zimmer 43, zu entrichten. Soweit Veranlagungsvordrucke nicht aufgestellt worden sind, sind sie beim Triebwerkamt, Neues Rathaus, II. Obergesch. Zimmer 445, gegen Quittung zu entnehmen. Das Ortsgesetz kann daselbst eingesehen werden.

Die **Volkspflege, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Gesellschaft**, die, wie alle Versicherungsunternehmen durch die Geldentwertung schwer gelitten hat, befindet sich wieder in erfreulicher Aufwärtsentwicklung. Seit 1. November gingen an Beiträgen ein auf Volksversicherung 7028 (davon im März 3457), auf Großlebensversicherung 484 (davon im März 197). Für Sterbefälle wurden nicht weniger als 249 064,75 M. (davon im März 69 902,77 M.) ausgezahlt.

Kuonen der Freibäder. Das bekannte Freibad Wannsee wird seit dem Beginn der jetzigen Sommerferien von der Stadtgemeinde Berlin in eigene Regie übernommen. Es war bisher verpachtet. Die Stadt beabsichtigt, das Freibad mit einem Kostenaufwand von circa 300 000 M. großzügig auszubauen und für den ungeschonten Massenbesuch der Sommermonate so zu erweitern, daß es seiner Aufgabe als Erholungsstätte für die Groß-Berliner Bevölkerung gerecht werden kann. Der Betrieb des Freibades soll einer G. m. b. H. übertragen werden, an der nicht nur die Stadt, sondern auch eine Reihe von gemeinnützigen Vereinen beteiligt sein werden, die an der Erhaltung und dem Betrieb des Bades interessiert sind. Mit einer solchen Veranlagung und Betriebsform hat die Stadt bei ihrem andern großen Freibad am Müggelsee die allerbesten Erfahrungen gemacht.

Ersternabend. 47. Volksschule, Plagwitz, Elisabethallee 24. Mittwoch, den 21. Mai, abends 7½ Uhr. 1. Lichtbildervortrag über die Alpen. Redner: Herr Endler. 2. Verschiedenes. Alle Eltern, die Kinder in die 47. Volksschule schicken, sind hiermit eingeladen.

Naturkundliches Heimatmuseum (am Fleischerplatz, Eingang Vorlingstraße 3). Die Mittwochsführung: Spätlinge unter den angekommenen Singvögeln mit besonderer Berücksichtigung der Rohr- sänger (Richard Buch) kann erst ¼8 Uhr abends beginnen.

Volkshochschule Leipzig. Die Arbeitsgemeinschaft G. H. S. d. r. F. Sprechstunde fällt am Mittwoch und Donnerstag dieser Woche wegen Erkrankung der Lehrerin aus.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut. Vorhings romantische Oper „Undine“ gelangt heute abend 7 Uhr im Neuen Theater neu inszeniert zur Aufführung und können Karten hierzu noch, am Eingange daselbst in Empfang genommen werden.

Fleischverkauf an der Freibank. Freibank I Nr. 801—1000. Freitag II Nr. 2951—3850. Von 12—6 Uhr freier Verkauf.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Dienstag, den 20. Mai: 4.30—6 Uhr: Konzert der Hauskapelle, 7.30 Uhr: Vortrag: Prof. Winds: Die Technik des Theaters. Abends 8.15 Uhr: Deutscher Opernabend. Eugenie Wilms, Opernsängerin; Kammerfänger Erich Klinghammer, Opernsänger. — Uten und Duette von Mozart, Weber, Vorling, G. H. Wagner. — Am Bühnenbau Leipzig, Kapellmeister der Leipziger Oper. Anschließend Pressebericht.

Polizeinachrichten.

Beim Baden ertrunken. Der Leichnam des am 15. d. M. beim Baden in der Nähe der Hindenburgbrücke ertrunkenen unbekannten jungen Mannes ist am 18. d. M., abends ¼9 Uhr, von einem Spaziergänger ans Land gezogen worden. Der Tote ist etwa 22 Jahre alt gewesen, 167 Zentimeter groß, schlank, dunkelhaarig, glattrasiert. Bis jetzt ist über seine Person noch nichts zu ermitteln gewesen. Auch die beiden Freunde, die ursprünglich mit ihm waren, haben sich noch nicht gemeldet. Sie hatten den Spaziergang fortgesetzt, während der Ertrunkene mit der Anzeigerstatterin am Ufer des Annals zurückblieb.

Vermißt wird seit dem 11. Mai d. J. die 14½-jährige Arbeiterin Rosa Erdina aus L. Lindenau, dort Erbsstraße 10 wohnhaft. Sie ist etwa 140 Zentimeter groß, schlank, hat dunkelbraunes Haar, ebensolche Augen, spricht deutsch und sächsisch. Bekleidet ist die Vermißte u. a. mit grünem Kleid, schwarzen Strümpfen. Im Haar trägt sie eine breite schwarze Schleife. Bei ihrem Betreffen halte man sie an und übergebe sie einem Aufsichtsbeamten.

Sächsische Angelegenheiten.

Der Kampf gegen die Preisprüfungsstellen.

Seit einiger Zeit wird von allen Interessentengruppen, Landwirtschaft, Industrie, Handel, Gewerbe, mit allen Mitteln gegen die Preisprüfungsstellen angefaßt und deren Beseitigung gefordert. Die Kreise, die die Aufhebung der Preisprüfungsstellen fordern, haben mehr oder weniger die Kontrolle der Preisprüfungsstellen zu fürchten, weil sie in den Kalkulationen Positionen haben, die verschwinden müssen, oder aber überhaupt eine zu hohe Gewinnspanne fordern. Es sei nur auf die Standeslöhne im Textilgewerbe hingewiesen, daß sich bei den Inlandspreisen schädlos hält für die geringere Gewinnspanne bei den Exportpreisen und auch sonst unbilligere Verkaufsbedingungen eingeführt hat, die in letzter Zeit wieder verschärft worden sind. In andern Branchen sieht es nicht viel besser aus. So sieht sich z. B. die Reichsregierung jetzt genötigt, die Verhältnisse auf dem Ledermarkt nachzuprüfen, was eigentlich schon längst hätte geschehen müssen. Und vor einigen Tagen konnten wir an einem Rundschreiben des Kohlenhandelsverbandes feststellen, daß er beabsichtigt ist, sich auf Kosten der Verbraucher gesund zu machen. Die Milchpreise werden vom deutsch-sächsischen Landbund diktiert und stehen zur Zeit in ihrem Verhältnis zu ihrer Verwertungsunmöglichkeit. Aber auch in dem kleinsten Gewerbe ist das Bestreben vorhanden, die Kosten, die durch die deutsch-nationalen Kriegsscheiter und die Maßnahmen der Cuno-Regierung entstanden sind, soweit wie nur irgend möglich durch Zinnschuldensprüche usw. auf die Verbraucher abzuwälzen. Auf der einen Seite müssen alle diese Kreise anerkennen, daß die Kaufkraft der großen Masse durch die verschärften Maßnahmen der gegenwärtigen Reichsregierung, Lohnabbau usw., derartig geschwächt ist, daß die Einnahmen fast nur noch ausreichen, um das nackte Leben zu fristen, auf der andern Seite versuchen aber Industrie, Handel und Gewerbe, vom größten Warenhersteller bis hinunter zum kleinsten Geschäftsmann, die höhere Steuerbelastung, die durch den geringsten Umsatz erhöhten Geschäftskosten usw. auf den Abnehmer

abzuwälzen, so daß der Verbraucher mit seinen geringen Einnahmen nicht mehr in der Lage ist, die hohen Warenpreise zahlen zu können. Um nun zu verhindern, daß die Preisprüfungsstellen die hohen Gewinnspannen nachprüfen können, wird die Beseitigung der Preisprüfungsstellen gefordert.

So haben jetzt wieder sämtliche sächsischen Handelskammern beim sächsischen Wirtschaftsministerium den Antrag gestellt, das materielle Preisstreibeiverordnungs- und die Preisprüfungsstellen zu beseitigen. Wenn auch das sächsische Wirtschaftsministerium weder für die Aufhebung der Preisstreibeiverordnung noch für Beseitigung der Preisprüfungsstellen zuständig ist, weil diese Fragen durch Reichsverordnung geregelt worden sind, so zeigt doch die Eingabe der Handelskammern, daß die interessierten Kreise bei allen Regierungsgeschäften Sturm laufen.

Geradezu eigenartig mutet nun die Begründung des Antrages an. So wird gesagt, die Preisprüfungsstellen hätten praktisch nichts geleistet, was man erwarten hätte. Sie hätten die Preise nicht niedrig halten können. Die größten Schieber seien nicht gelastet worden. Die Wuchergerichte hätten nur in 0,2 Prozent den Handelsbetrieb unterzogen. Nach der Preisstreibeiverordnung hätte ein übermäßiger Gewinn festgestellt werden müssen. Das Reichsgericht habe festgestellt, daß von einer Festsetzungsberechnung ausgegangen werden müsse, die Amtsgerichte hätten aber die im Handel übliche Berechnungsweise berücksichtigt. Die Preisprüfungsstellen hätten nur die Fälle nachgeprüft, in denen Anzeigen erstattet worden wären, dabei wären aber die wirklich Schuldigen nicht getroffen worden usw.

Bei dieser Begründung muß man sich fragen, ob bei den Antragstellern die Dummheit oder Frechheit größer ist. Fast könnte man glauben, die Beseitigung der Preisprüfungsstellen läge im Interesse der Verbraucher und die Antragsteller versuchen, die Interessen der Verbraucher wahrzunehmen. Dem ist aber nicht so, die Öffentlichkeit soll nur über die Bestrebungen der Handelskammern gestärkt werden. Gewiß ist richtig, daß die Preisprüfungsstellen oftmals nicht das leisten konnten, was die Verbraucher von ihnen erwarten konnten. Woran lag das?

Zunächst liegt die Kontrolle der Kartelle und Syndikate, die von den raffiniertesten und ausgefeiltesten Juristen geleitet werden und den größten Wucher treiben, der Reichsregierung ob. Wenn diese versagte und ihre Pflicht nicht tut, können die kleinen Preisprüfungsstellen nicht verantwortlich gemacht werden. In den höchsten Beamtenstellen der Regierungen sitzen aber auch Personen, die der Industrie, dem Handel und Gewerbe sehr nahe stehen. Sie werden zwar von der Allgemeinheit bestraft, ihre Maßnahmen berücksichtigen aber oftmals die Interessen von Industrie, Handel und Gewerbe in einer Weise, daß die Schindeln der betreffenden Gruppen etwas Andres auch nicht halten fertigbringen können. Auf alle Fälle hatten Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe auf

S. A. = Jugend!

Mitgliederversammlung

Morgen abend ¼8 Uhr in der Hauptbahnhofschänke (Offette):

Bericht von der Reichskonferenz

Mitgliedsbuch vorzeigen. S. A. J. Groß-Leipzig.

die einzelnen Regierungsstellen einen mehr oder weniger starken Einfluß, worunter die Interessen der Verbraucher zu leiden hatten. Gelang es aber einmal einer untergeordneten Stelle, eine Maßnahme zu treffen, die im Interesse der Verbraucher lag, so ließen die Interessentengruppen bei den maßgebenden Gruppen solange Sturm, bis die Sache geuldet wurde.

Wie sah es nun bei den Gerichten aus? Die Staatsanwälte und Richter stammten zum größten Teil aus bürgerlichen Kreisen — den Kreisen, die oftmals vor Gericht standen —, und ihre Einstellung war bürgerlich. Was lag näher, als daß diese Kreise sich Gutachter aus den Interessentengruppen holten und dem Gutachten dieser Personen mehr Rechnung trugen als den Gutachten der Preisprüfungsstellen? In dieser Frage kam es sogar soweit, daß die Preisprüfungsstellen öffentlich die Bevorzugung ihrer Gutachter forderten. Diesem Verlangen steht aber die Tatsache gegenüber, daß Regierungsstellen die Gutachterfähigkeit der Preisprüfungsstellen einzuschränken versuchten. Und was geschah, als die Wuchergerichte gebildet waren und einige von diesen scharfe Urteile fällten, Gefängnisstrafen verhängten usw.? Im Handel und Gewerbe, in der Industrie und in der Landwirtschaft brach ein Sturm der Entrüstung los, und mit allen Mitteln wurde gegen die Wuchergerichte angefaßt, bis sie schließlich, beeinflusst durch verschiedene Maßnahmen, milder urteilten bzw. aufgehoben wurden. Ist es aber angesichts dieser Tatsachen ein Wunder, wenn die Rechtsprechung versagte und die Schieber nicht so angefaßt wurden wie sie es verdienen? Wie will man aber angesichts dieser Sachlage behaupten, die Preisprüfungsstellen hätten verlangt? Was nützte aber auch die Entziehung der Handelsverkaulnisse durch die Gerichte, wenn andere Stellen die Erlaubnisse wieder gewährten? Auf alle diese Dinge hatten die Preisprüfungsstellen keinen Einfluß.

Ebenso hinsichtlich ist die Behauptung, die Preisprüfungsstellen hätten nur die Fälle nachgeprüft, in denen Anzeigen erstattet worden sei. Das Gegenteil ist der Fall. Zunächst haben die Preisprüfungsstellen mit ihren Maßnahmen vorbeugend gewirkt, d. h. durch die Maßnahmen der Preisprüfungsstellen wurden noch höhere Preissteigerungen verhindert. Neben der Nachprüfung der angezeigten Fälle wurden auch planmäßige Erörterungen vorgenommen, die sich auf die einzelnen Branchen in einem größeren Bezirk erstreckten. Sobald die Preisprüfungsstellen aber solche Maßnahmen ergreifen, ließen die betreffenden Interessentengruppen Sturm, Beschwerden bis an die Reichsregierung waren die Folge. Gerade dieselben Kreise, die an das sächsische Wirtschaftsministerium den bereits erwähnten Antrag stellten, waren in solchen Fällen die Beschwerde-führer. Angesichts dieser Vorgänge stellt die Begründung der Eingabe nicht nur eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit, sondern auch eine beispiellose Dreistigkeit dar, weil die Preisprüfungsstellen für Vorgänge verantwortlich gemacht werden, auf die sie keinen Einfluß hatten und weil durch das unverantwortliche Treiben der Interessentengruppen die Tätigkeit der Preisprüfungsstellen beeinträchtigt wurde.

Was die Verbraucher in nächster Zeit zu erwarten haben und welchen Einfluß die Vertreter der Interessentengruppen bei den maßgebenden Stellen bereits erreicht haben, das zeigt eine Zeitungsnotiz. Aus dieser Notiz geht keineswegs hervor, daß den Verbrauchern höhere Löhne gezahlt und die Warenpreise abgebaut werden sollen, also die Kaufkraft der großen Masse gehoben werden soll, sondern, daß in der letzten Zeit im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung stattgefunden hat, in der man sich dahingehend einigte, die Preisprüfungsstellen seien zwar noch nicht völlig entbehrlich, sie sollten sich aber den geänderten Verhältnisse entsprechend nicht mehr vollständig, sondern nur noch wirtschaftlich betätigen. Wenn solche Beschlüsse zu einer Zeit gefaßt werden, wo die Lebens-

haltungsziffer fortgesetzt steigt, dann können die Verbraucher beurteilen, wohin der Weg geht. Es ist höchste Zeit, daß auch sie gegen die fortgesetzte Benachteiligung Sturm laufen.

Drei Fragen an die sächsische Justiz.

Anlässlich einer Feldbesichtigung der Halantenzugler in Ober-Dölschen wurden 36 Angehörige des Jungsturms vom Heberfallkommando des Dresdner Polizeipräsidiums zwecks Feststellung der Personalien verhaftet. Dabei wurden mehrere Gummiknüppel und Stahlhelme beschlagnahmt.

Bei einem „Deutschen Tag“ in Eiserweda sind die Teilnehmer in geschlossenem Zuge durch die Stadt marschiert. Als man bei der Auflösung des Zugs durch die Polizei Widerstand leistete, wurden zwei Teilnehmer verhaftet, nachdem diese die Menge aufgefordert hatten, trotz der Aufforderung der Polizei, nicht auseinanderzugehen.

In Plauen i. R. geriet der Polizei folgender „Tagesbefehl“ der Halantenzugler in die Hände:

1/1 Stottrup A. 2.
Tagesbefehl. Sonntag, 8. 4. 24.

5,45 Weiden.
6,15 Kaffeefassen.
6,30 Antreten (A.-Wagnerplatz).
6,35 Abmarsch. Bis 12 Uhr Feldbesitz, anschließend Scharschützen.
12,30—2,30 Raft.
Nachmittags sportliche Übungen.
Abends Einrücken.
Zapfenstreich 10 Uhr.

Der Aktionsauschuss.

gez. Schürich (oder so ähnlich).

Name und Adresse dieses Befehlsempfängers sind die Plauener Polizei bekannt.

Hat die sächsische Justiz in diesen drei Fällen schon irgendwelche Ermittlungen bzw. ein Strafverfahren eingeleitet?

Staatliche Beihilfen für Jugendpflege. Gesuche um Unterstützung für die männliche und weibliche Jugendpflege aus den dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium zur Verfügung stehenden Mitteln sind bis zum 1. Juli 1924, und zwar die Gesuche von Vereinen, die Landesverbänden angehören, an die Vorstände dieser Verbände, die Gesuche von Vereinen aber, die keinem Landesverband angehören, an das zuständige Bezirksamt einzureichen. Zu dem Gesuch ist ein bestimmter Vordruck zu verwenden. Vordruck zum Gesuch kann von der Buchdruckerei C. Heinrich in Dresden-N., Kleine Wehner Gasse 4, bezogen werden. (Vordruck-Nr. 486.) Gesuche ohne Verwendung dieses Vordrucks und verspätet eingehende werden nicht berücksichtigt.

Wiederaufnahme der staatlichen Kraftwagenlinien. Im Herbst 1922 mußte wegen der ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse der größte Teil der staatlichen Kraftwagenlinien eingestellt werden. Von 40 im Jahre 1922 betriebenen Linien blieben 1923 nur noch 3 ständige und 2 Sommerlinien übrig. Jetzt sollen verschiedene Linien, insbesondere im ergebnisreichen Bezirk, wieder neu betrieben werden. Nach dem Stande der Verhandlungen mit den betreffenden Gemeinden kann damit gerechnet werden, daß im Sommer 1924 10 bis 15 Linien wieder in Betrieb genommen werden.

Der „Deutsche Tag“ in Hofenstein-Ernstthal, der von den Reichskreisen geplant war, ist abgelehnt worden, da das sächsische Wirtschaftsministerium des Innern sowohl die Veranstaltung eines Festzugs als auch die Abhaltung eines Feldgottesdienstes nicht genehmigt hat. Die Veranstaltung soll auf eine spätere „Anstößigere“ Zeit verschoben werden.

Aus der Umgebung.

Sitzung des Kreis Ausschusses zu Leipzig.

Die Ortsgruppe über die Rechtsverhältnisse der Beamten der Städte Wurzen und Markranstädt werden als ein Tagesordnungspunkt behandelt und nach kurzer Aussprache einstimmig angenommen. Während in früherer Zeit keine Sachverständigen der Stadtbank Leipzig dem Ministerium unterlag, mußte sich der Kreis Ausschuss, der durch die Gemeindefusion zustande gekommen ist, mit einer solchen beschäftigen. Die Stadtbank beantragt das Wort „mündliche Papiere aus ihren Schatzungen zu streichen, da ihr vom Devisenkommissar die Genehmigung zum Handel mit Devisen zur Beschaffung von Lebensmitteln erteilt ist, und sie damit den übrigen Banken gleichgestellt ist. Der Antrag findet einstimmige Annahme. — Kreisbeauftragter Bangs gibt die Erwerbslosenziffer des Kreises bekannt, die gewaltig gestiegen sind. Am 1. Januar 1924 waren 271 874 Erwerbslose vorhanden, am 1. Mai 1924 betrug die Zahl der Erwerbslosen nur noch 46 493. — Darauf wurde die Wahl der ständigen Beisitzer und deren Stellvertreter für die Bezirkswohnungsamtskommission für die nächsten 3 Jahre vorgenommen. Je nach der zu behandelnden Frage sollen Vertreter der Landwirtschaft, Siedler, Hausbesitzer und des Baugewerbes mitwirken. Kreisbeauftragter Bangs empfiehlt, daß für die nächsten Wahlen die Beisitzenden von sich aus Vorschläge machen. — Wegen der Ausbeutung des Vorwerkes Kadegast aus der Amtshauptmannschaft Döbeln und Zulassung zu der Amtshauptmannschaft Grimma waren Differenzen zwischen beiden Amtshauptmannschaften entstanden. Das Ministerium des Innern hat darauf Staatsaufsicht durch die Amtshauptmannschaft Grimma angeordnet. Die Entscheidung in dieser Sache hat bis zum 31. Juli 1924 zu erfolgen. Beschlußfassung wird ausgesetzt. — Der 30. Nachtrag zur Gemeindefusion der Stadt Heinitzen, die Vertauungsdauer betreffend, wird einstimmig genehmigt. — Nach kurzer Aussprache stimmt man dem Nachtrag zur Gemeindefusion nach, der für eine jährliche Hundsteuer von 60 M. für den ersten Hund, 120 M. für den zweiten Hund und für jeden weiteren 180 M. vorsieht. — Ehe man einen Beschluß über die Aufrechterhaltung der Sicherheitsleistungen der Schauspielunternehmungen — in diesem Falle betrifft es das Kleine Theater in Leipzig — herbeiführt, will man erst die Verhandlungen, die zwischen der Stadt Leipzig und dem Bühnenverein im Gange sind, abwarten. — Der Austritt der Stadt Markranstädt aus dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig ruf eine lebhaft ausgeführte Aussprache hervor, an der sich Gen. Mebrig und Bürgermeister Sosa beteiligt. Genosse Mebrig stellt dabei fest, daß die Bürgermeister Engländer auf dem Gemeindefusion in Chemnitz eine wesentliche andere Auffassung gehabt hat, als er heute in dieser Frage einnimmt. Das Ausschreiben von Markranstädt aus dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft wird darauf nicht befürwortet. Bei der Beratung des Ortskreises Leipzig liegen 3 Eingriffe vor, und zwar sind 2 davon als nicht mit der Gemeindefusion übereinstimmend zu betrachten, während der dritte ein Eingriff der sozialdemokratischen Stadtordnungsreferat ist. Genosse Seger begründet zunächst die Forderung der Stadtordnungsreferat. Die Stadtverordneten verlangen nach den Worten des Genossen Seger weiter nichts, als die Beseitigung von bestimmten Sachverhältnissen, die nicht immer rationaler zu sein brauchen, zur Auskunftserteilung. Die Ausführungen des Referats Oberreferentenrat Hempel enthielten nach Segers Auffassung absolut keine Begründung für die Richtigkeit der Einstellung der Kreisbeauftragten und des Rates der Stadt Leipzig. Wenn in der Frage der Auskunftserteilung durch Sachverständige in den Ausschüssen der Rat mit der Stadtverordneten konform geht, so sei schon damit erwiesen, daß dies nach den Bestimmungen der Gemeindefusion auch im Plenum geschehen müsse. Zu beachten sei, daß auch Juristen, die Kenner der Gemeindefusion sind, sich der Auffassung der Stadtverordneten anschließen. Trotz dieser sachlichen Argumente stellt sich der Kreis Ausschuss auf die Seite des Leipziger Rates. — Zu dem Einbruch der sozialdemokratischen Stadtordnungsreferat Leipzig, gegen die Fassung des Paragraphen des Ortskreises, der die Bedingungen behandelt, die für die Annahme eines Stadtrats- oder Bürgermeisterpostens nötig sind, spricht ebenfalls der Genosse Seger. Er sagt sehr treffend, daß nicht immer der Akademiker der geeignete Mann für die Befehung solcher Posten ist; in vielen Fällen habe sich der Praktiker besser bewährt, als die Herren mit der Vorbildung. Für die Befehung derartiger Posten würden die Fraktionen doch nur Personen für die sie auch garantieren können, in Vorschlag bringen. Auch diese Begründung wurde vom Kreis Ausschuss mit 4 gegen 3 Stimmen abgelehnt. — Das neue Ortskreises von Leipzig sollte ursprünglich am 1. Mai in Kraft treten, der Kreis Ausschuss ist der Auffassung, daß dies erst mit dem Tage der Gemeindefusion möglich ist. — Der nächste Tagesordnungspunkt betrifft einen Eingriff der

SP-Stadtvorordnetenfraktion Kochly gegen die Geschäftsordnung des dortigen Parlaments. Die für das Fernbleiben aus den Sitzungen festgelegten Strafen hält der Kreisrat nicht für zulässig. Genosse Koberg weist darauf hin, daß wenn die Strafen ausreicht erhalten würden, jede Obstruktion unmöglich sei. — Das Ortsgericht über die Gemeindevorfassung von Köchlin, mit dem sich der Kreisrat schon einmal befaßt hat, weist immer noch einige Unklarheiten auf. — Der Wahlkreis einleitend und Abgeordnetezahl für die Wahl der Bezirksversammlung Kochly und Leipzig gibt man keine Zustimmung. — Am Schluß der Sitzung stimmt der Kreisrat einstimmig dem Auseinanderlegungsvorschlag zwischen der Stadt Döbeln und dem Bezirksverband Döbeln infolge Austritts der Stadt aus dem Verbande zu.

d. Besch. Gemeindevorordnetenfraktion. Gegen einige Bauzeichnungen werden keine Einwendungen erhoben. In einem Falle soll die Amtshauptmannschaft Grimma ersucht werden, aus hygienischen Gründen eine andere Anordnung der Zimmer vorzunehmen. Der Kirchenvorstand verlangt abermals eine Herabsetzung im Pachtpreise für die Kleinpächter. Als die Getreidepreise unverhältnismäßig hoch standen, mußte nach diesen gezahlt werden. Jetzt sind diese nicht mehr so einträglich, da verlangt man wieder Zahlung nach Goldmark. Man sieht, auch die „uneigenütliche“ Kirche greift nach dem besten Geschäft. Es wurde beschlossen, die Kleingartenpachtpreise zu zahlen. Wird sich die Kirche damit zufrieden geben? Gegen das Ortsgericht zur kostenlosen Totenbestattung hat die Amtshauptmannschaft Grimma Einspruch erhoben; davon nahm man Kenntnis. Zugleich wurde die Durchführung eines Teils der Gewerbesteuer verlangt, da die kostenlose Totenbestattung nicht bestehe. Da aber laut Beschluß der Gemeindevorordneten die kostenlose Totenbestattung ab 1. April als eingeführt gilt, kann durch einen Einspruch der Amtshauptmannschaft unmöglich die Durchführung eines Teils der zur Durchführung dieses Gesetzes bestimmten Geldes gefordert werden. Dieses wurde auch einstimmig abgelehnt. Einige Anträge der Städtungsvereine werden, da eine genaue Durchberatung erforderlich ist, zu einer besonderen Sitzung zurückgestellt. Die endgültige Beschlußfassung über die Verwendung der Meisteuer zu Bauzwecken wurde ebenfalls ausgelehnt. Die Gemeindevorordneten beschließen, zur staatlichen Gewerbesteuer einen Gemeindezuschlag von 100 (hundert) Prozent zu erheben.

m. Taucha. (Gemeinderatsfraktion.) Der Rat schlägt vor, die Pachtpreise für städtische Felder, Wiesen und Gärten wie folgt festzusetzen: Für Gärten in Klasse 1 (mit altem Baumbestand) 10 Pfg. und in Klasse 2 5 Pfg. für den Quadratmeter und außerdem noch 2 Pfg. pro Quadratmeter für Erhaltung der Einfriedigung. Für Feld- und Wiesenparzellen in Klasse 1 1 1/2 Pfg., in Klasse 2 1 1/2 Pfg. und in Klasse 3 1 Pfg. für den Quadratmeter. Für größere Flurstücke Klasse 1 55 Mt., Klasse 2 50 Mt. und Klasse 3 45 Mt. für den Acker. Unsere Fraktion wendet sich gegen die hohen Preise für Gärten, da diese jetzt höher als vor dem Kriege waren. Unser Antrag wird aber von bürgerlicher Seite abgelehnt. Ueber die Einstellung des Gärtners Matz als Hilfskraft für die Stadtgärtnerei entspinnt sich eine lebhafte Debatte, da der Rat diese Stelle mit einem jungen Mann besetzt hat, der in Arbeit stand, während ältere und erfahrenere Gärtnere schon längere Zeit arbeitslos am Orte waren und sich auch mit um diese Stelle beworben hatten. Der Bürgermeister als treuer Schildknappe der Bürgerlichen versiegte sich zu der Behauptung, man wolle nur noch einen Parteimann in städtische Dienste bringen. Genosse Franke zahlte dem Herrn seine Verdächtigungen gehörig heim. Genosse Schmidt beantragte nunmehr, die ganze Angelegenheit nochmals an den Rat zurückzuverweisen. Mit der Stimme des Bürgermeisters wird der Antrag abgelehnt. Beschlossen wird, das vierte Gruppenhaus an der Lindnerstraße dieses Jahr zu bauen. Zu diesem Zwecke soll bei der Betriebskasse ein Darlehen aufgenommen werden. Grundfähig ist der Gemeinderat mit der Einstellung eines Bademeisters einverstanden. Schon längere Zeit haben die Unternehmer versucht, Rabattsätze für Kraftstrom einzuführen. Betriebsausschuß und Rat empfehlen nunmehr folgende Rabattsätze: bei einer monatlichen Abnahme von 100 bis 300 Kilowattstunden 2 1/2 Prozent, 301 bis 500 5 Prozent, 501 bis 1000 10 Prozent, 1001 bis 1500 15 Prozent, über 1500 25 Prozent. Unsere Fraktion konnte sich mit diesen Sätzen nicht einverstanden erklären und beantragte, die Rabattsätze schon bei 75 Kilowattstunden beginnen zu lassen und gleich mit 5 Prozent anzufangen. Für die oberste Staffel sollen nur 20 Prozent gewährt werden. Der Antrag wird von den Bürgerlichen abgelehnt. Für die Kleingewerbetreibenden und Kleinbetriebe hatten die Bürgerlichen nichts oder nur ganze 2 1/2 Prozent übrig, für die Großindustrie konnten aber 25 Prozent gewährt werden. Herr Stadtrat Risten fand das auch in bester Ordnung, denn man müßte der Großindustrie entgegenkommen. Von der SPD. lag ein Antrag vor, die Mietsbeihilfen für Erwerbstätige zu erhöhen. Eine längere Debatte entspann sich über die Deckungsmöglichkeit, da nirgends Geld aufzutreiben ist. Die Kommunisten hatten sich die Sache leicht gemacht, sie wollten das Geld aus der Betriebskasse nehmen. Der Antrag wurde an den Finanzausschuß verwiesen.

k. Großsch. Deffentliche Stadtvorordneten-Sitzung. In der Sitzung vom 8. d. M. hielten sich die Kommunisten bei Behandlung einer Anfrage des Genossen R. Schubert eine ungeheure Blamage. Der Stadt. König (Komm.) hatte in einer öffentlichen Wählerversammlung vor der Reichstagswahl durch seinen Sprecher, den bekannten Weiß, behauptet, der damalige Volkskommissar Körbs sei auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion gegen seinen Willen, also zwangspensioniert worden. Weiter wurde die sozialdemokratische Partei eine Partei der Lügner genannt. Am Schluß der äußerst lebhaften und erregten Debatte hatte wohl jeder der Stadtvorordneten, und auch die Zuhörer, vielleicht mit Ausnahme der Kommunisten, Gewißheit darüber, auf welcher Seite die Lügner und Verleumder zu finden sind. In einer der letzten Sitzungen war an Hand der Personalkarte Körbs nachgewiesen worden, daß R. selbst seine Pensionierung verlangt hat. Stadt. Gen. R. Schubert führte dem Kollegium nochmals die damaligen Zusammenhänge ins Gedächtnis zurück und verwahrte sich namens unserer Fraktion ganz entschieden gegen diese ebenso dreiste wie plumpe Unterstellung der Kommunisten. Er wachte jeden einen elenden Lügner und Verleumder, der noch behauptet, Körbs sei zwangspensioniert worden. Entweder mußten sich König und Weiß diesen Vorwurf gefallen lassen, oder beweisen, daß sie im Rechte seien. Stadt. König blieb nach wie vor bei seiner Behauptung. Er habe seiner Zeit die Personalkarte R. eingesehen, aus denen klar zu ersehen sei, daß R. zwangspensioniert worden sei. Stadt. Gen. Legler erinnerte König daran, daß ihm dieser gelegentlich auf dem Markte gesagt habe, die Sache Körbs gehe in Ordnung, er habe Einsicht in die Akten genommen. (Schallendes Gelächter.) Volkskommissar Körbs sei übrigens wohl etwa fünfmal in seiner Wohnung gewesen

und habe gebeten, seine Pensionierung so rasch als möglich zu beitreten. Stadt. König behauptet schließlich, der jetzige Volkskommissar Wolf sei Mitglied der sozialdemokratischen Partei, deshalb habe Körbs gehen müssen, um dem erstern Platz zu machen. Stadt. Gen. Kühn entgegnet, daß nicht Wolf, wohl aber Körbs Mitglied der Partei war. Damit sei am besten das Haltlose der kommunistischen Behauptung bewiesen, die nichts als Wahlmanöver sei. Stadt. Vorsitzender Gen. Ad. Köhler stellte nochmals fest, wo die Lügner und Verleumder zu finden sind. So verweist diese sich auch gegen die Fortwütze wehren, es gelang ihnen nicht, diese auch nur im geringsten zu entkräften. — Finanzausschuß und Rat schlagen vor, die Steuer für den ersten Hund auf 20 Mt. jährlich, für jeden folgenden Hund auf das Doppelte der Steuer des vorhergehenden zu erhöhen. Gegen 2 Stimmen wurde der Vorschlag bis zum Beschluß erhoben. — Die Stellungnahme der Kommunisten zur Gaspreiserhöhung kennzeichnete wieder einmal ihre Katastrophopolitik. Der bisherige Gaspreis betrug 22 Pfg. für einen Kubikmeter. Die Verwaltung hat auf Grund einer Kalkulation überzeugend dargelegt, daß bei einem Erzeugerpreis von 19 1/2 Pfg. und einem Abgabepreis von nur 20 Pfg. an die Schaffung von Rüdlagen, wie sie ein Gaswert zur Ausführung von Erneuerungen und Reparaturen (Defen) nun einmal braucht, nicht zu denken ist. Sie schlug daher Erhöhung des Gaspreises auf 25 Pfg. für einen Kubikmeter vor. Gasausschuß und Rat haben jedoch mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage eines großen Teils der Einwohnerschaft Erhöhung auf nur 22 Pfg. beschlossen. Hiergegen protestierte Stadt. König (Komm.) förmlich in Namen seiner Fraktion. Er beantragte, den Erzeugerpreis das Gas zum Erzeugerpreis abzugeben. Wenn der Bürgermeister Geld zu Rüdlagen brauche, so solle er dahin gehen, wo solches vorhanden sei. Ihm wurde erwidert, daß das Gaswert sich unbedingt tragen müsse. Keinesfalls dürften sich Zuschüsse erforderlich machen. Großsch. habe den niedrigsten Gaspreis in Sachsen, auch dann noch, wenn man ihn auf 22 Pfg. erhöhe. Die Erhöhung sei eine zwingende Notwendigkeit im Interesse des Werkes, die vermesse, das Werk aus der Hand der Stadt gehen zu müssen, etwa in die Hände der Thüringer Gasgesellschaft. Gegen 3 Stimmen wurde beschlossen, ab 1. 4. 1924 einen Gaspreis von 22 Pfg. für einen Kubikmeter zu erheben. — Hierauf Schluß der öffentlichen Sitzung. Stadt. König versuchte schnell noch eine kleine Anfrage einzubringen, was nach der Geschäftsordnung unzulässig war und ihm auch nicht gelang, da der größte Teil der Stadtvorordneten den Sitzungsfaal verließ. — In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wurde über Rückzahlung kurzfristiger Darlehen, Festlegung der Hausmannsdienstentlohnung für 1923/24, Berechtigung der Pensionberechtigung an Assistenten Schellenberger und das Geluch des Bürgermeisters um Erhöhung seiner Bezüge verhandelt.

Arbeiter von Großsch. Besuch zahlreicher der öffentlichen Stadtvorordnetenfraktionen, dann werbet ihr in noch ganz anderem Umfang von diesen kommunistischen „Gemeindepolitikern“ abrüden, als ihr es bei der Reichstagswahl bereits getan habt!

Volkswirtschaftliches.

Für oder wider Konzentration?

Man bekommt bisweilen zu hören, daß Konzentrationsbestrebungen im Wirtschaftsleben schon deshalb zu bekämpfen seien, weil sie an sich eine Stärkung des Unternehmertums bedeuten. Nichts ist so falsch als das. Die Wirtschaft läßt sich nicht in papierne Formeln hineinzwängen, und hat es bis jetzt auch noch niemand versucht, etwa die Entwicklung von der Manufaktur zum Großbetrieb zu „bekämpfen“, weil dadurch die Macht des Unternehmertums gestärkt würde. Es kommt eben alles darauf an, ob der in Frage stehende Einzelfall dazu angetan ist, der wirtschaftlichen Entwicklung zu dienen und somit letzten Endes auch die Entwicklung zum Sozialismus zu fördern.

Unter diesem Gesichtspunkt gibt es geradezu vorbildliche Konzentrationsversuche, die nur zu begrüßen sind. Ein Beispiel möge genügen. Die deutsche Fertigungsindustrie wird immer weniger exportfähig, sie kann auf dem Weltmarkt kaum noch konkurrieren. U. a. war die deutsche Automobilindustrie durch die amerikanische Massenproduktion (Ford) fast völlig ausgeschaltet. Unter solchen Umständen war die Zusammenfassung und Vereinheitlichung der deutschen Automobilindustrie, die den Uebergang zur Serienfabrikation ermöglichen sollte, eine Lebensnotwendigkeit. Der Abschluß eines Interessengemeinschaftsvertrages zwischen den beiden bedeutendsten Autofirmen Daimler und Benz, der kürzlich zustande gekommen ist und dem in absehbarer Zeit eine Vollfusion folgen soll, ist daher u. E. durchaus zu begrüßen.

Ein gegenläufiges Beispiel liefert die Geschichte der Mansfeld Kupfer A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, deren Aktienmehrheit während der Inflation von dem Großspekulanten Hugo Herzfeld erworben wurde. Herzfeld spielte das Unternehmen ihm nahestehenden Banken, die ihm Kredite gewährt hatten, in die Hände. Auf diese Weise gelangten die Aktien der Mansfeld A.-G. in den Besitz des Stinnes-Konzerns, der AEG und einer Reihe von Großbanken. Da diese Fusionierung des Unternehmens mit den größten deutschen Industriegruppen, zu denen auch noch der Otto-Wolff-Konzern hinzukam, aus rein spekulativem Interesse zustande kam, war sie unwirtschaftlich und schädlich. Der Zusammenbruch ist jetzt, nachdem die Wolff-Gruppe sich einen der wertvollsten Bestandteile der Mansfeld-A.-G., die Grube „Sachsen“ in Westfalen, gesichert hat, erfolgt. Die Interessenten denken, indes nicht daran, irgendwelche Opfer zu bringen, so daß das Reich, um nicht 30 000 Arbeiter auf die Straße zu werfen, eingreifen mußte und der deutsche Steuerzahler das Vergnügen hat, für die wirtschaftszerstörenden „Konzentrations“schleibungen des Herrn Herzfeld aufkommen zu müssen.

Der Ausbau der deutschen Handelsflotte ist zum Stillstand gekommen. Bei Kriegsausbruch betrug die deutsche Handelsflotte 5.238.937 Bruttoregistertonnen. Infolge des Krieges hat Deutschland seine Handelsflotte beinahe ganz eingebüßt; sie mußte neu gebaut werden. 1920 hatte Deutschland noch, nicht mehr als 672.671 Tonnen. Von 1920 bis Mitte 1923 konnte die Handelsflotte durch eine sehr lebhaft Bautätigkeit auf 2.590.073 Tonnen gebracht werden. Anfang 1923 hatten noch die deutschen Schiffsverleihen Bestellungen für 750 000 Tonnen, es waren in diesem Jahr 860 000 Tonnen im Bau. Am Beginn des laufenden Jahres hatten aber die Werften nur noch Bestellungen für 340 000 Tonnen. Auch hiervon war ein Viertel für das Ausland bestimmt, während 1921 nur 4 Prozent, 1923 30 Prozent des Tonnengehalts für ausländische Rechnung gingen. Deutsche Schiffsfahrtsunternehmen haben in ausländischen Werften 200 000 Tonnen 1922, und nur 40 000 Tonnen 1923 bauen lassen.

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 19. Mai. Auftrieb: 298 Rinder (37 Ochsen, 72 Bullen, 47 Kalben, 142 Kühe), 268 Kälber, 282 Schafe, 826 Schweine, zusammen 1674.

Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht (in Goldmark):
Preise für 50 kg Lebendgewicht (in Goldmark):

	heute	vorher	heute	vorher
Ochsen . . . 1. Kl.	45-48	—	Kühe . . . 5. Kl.	15-25
„ . . . 2. Kl.	36-45	36-44	„ . . . 1. Kl.	—
„ . . . 3. Kl.	24-36	24-36	„ . . . 2. Kl.	46-55
„ . . . 4. Kl.	—	—	„ . . . 3. Kl.	38-46
Bullen . . . 1. Kl.	36-40	36-40	„ . . . 4. Kl.	30-38
„ . . . 2. Kl.	30-36	30-36	Schafe . . . 1. Kl.	48-50
„ . . . 3. Kl.	24-30	24-30	„ . . . 2. Kl.	32-48
„ . . . 4. Kl.	—	—	„ . . . 3. Kl.	15-32
Kalben . . . 1. Kl.	45-48	—	Schweine 1. Kl.	55-67
„ . . . 2. Kl.	45-48	—	„ 2. Kl.	57-68
„ . . . 3. Kl.	36-45	36-44	„ 3. Kl.	50-55
„ . . . 4. Kl.	20-36	25-36	„ 4. Kl.	42-50
			„ 5. Kl.	42-50

Geschäftsgang: Rinder langsam; Kälber und Schweine mittel-mäßig; Schafe schlecht.

Amliche Preise der Produktenbörse Berlin, 19. Mai.

Produkte	19. Mai	17. Mai
Weizen, märkischer	164-167	156-159
Roggen, märkischer	128-132	126-132
Gerste, Brau	160-172	164-176
„ Futter-	145-155	148-156
Hafer, märkischer	127-134	127-134
Weizenmehl	21,25-24,25	21,50-24,50
Roggenmehl	18,50-20,50	18,75-20,75

(Getreide 1000 kg, Mehl 100 kg.)

Berichtsjaal.

Janatisher Heher gegen Tollers Hinkemann.

Wegen Verstoßes gegen eine Verordnung des Reichspräsidenten hatte sich ein Student vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Der Student, ein unerfahrener Hakenkreuzjüngling, hatte ohne Genehmigung ein Flugblatt geschrieben und wollte es zur Verteilung bringen lassen. Der Inhalt war aufreizender Natur und forderte zu Zusammenrottungen bei wiederholten Aufführungen von Tollers Hinkemann im hiesigen Stadttheater auf. Dieser Hakenkreuzler beschimpfte Tollers Werk in gemeinster Weise. Es wäre geradezu verzeihend und sitzlich gefährdend für alle Volksteile und jedermann mühte herbeizeln und dieses Schmutz- und Sudelwerk vernichten. Tollers Hinkemann sei ein Standesflücker und alle nationalen „mutigen“ Kreise müßten jede Aufführung in Leipzig unterbinden, wie es schon in Dresden geschehen sei. Das Gericht nahm diesen falschlischen Jüngling nicht ernst und sprach ihn frei, weil er sich seiner Tat nicht bewußt gewesen wäre. Zur Ausgabe kam dieses Flugblatt nicht, weil es von der Polizei beschlagnahmt wurde.

**Etwas Feines
Ist eine Suppe aus
MAGGI'S Erbs-Würfeln**

Kochfertig!



**Öffentliches
Preis Ausschreiben**

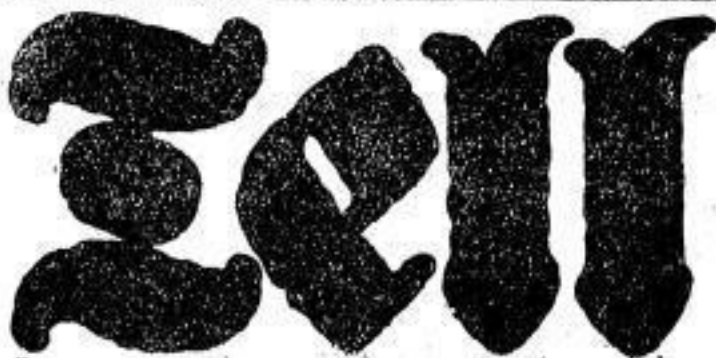
zur Erlangung von Entwürfen für die
Ausbildung des Haupteinganges
und der Notausgänge der
unterirdischen Meßhalle
auf dem Markte

Unter den Leipziger Architekten wird ein Wettbewerb
ausgeschrieben:

1. Preis 450 G.-M.
2. „ 350 „
3. „ 250 „

Die näheren Bedingungen sind für 3 G.-M. von der
Leipziger Messe- und Ausstellungs-Aktiengesellschaft,
Leipzig, Zentralstraße 3, zu beziehen. Dieser Betrag
wird den Bewerbern, die einen Entwurf einreichen,
zurückerstattet. Die Frist für die Einreichung der
Arbeiten ist auf den 30. Mai 1924, nachmittags 4 Uhr,
festgesetzt.

Leipziger Messe- und Ausstellungs-Aktiengesellschaft
Hoffmann Fraustadt



Zell-Kakao
ist ein naturreines Erzeugnis der Kakaobohne, besitzt das fräftige Kakao-Aroma und verbindet mit leichter Löslichkeit herzhaften Geschmack und vorzügl. Bekömmlichkeit. Zell-Kakao ist ein überaus vollwertiges Nahrungsmittel für jung und alt, Gesunde und Kranke. Man verlange Zell-Kakao nur in Original-Verpackung mit dem bekannten Zell-Bild!

Hartwig & Vogel A. G.

Gen.-Vertr. u. Fabrikagr. Otto Pötsche • Leipzig • Schützenstr. 2 • Fernr. 15279

Verkaufsstellen in Leipzig: Markt 11, Telefon 27074 :: Ferner zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Kinderkreuzzug.

Zur Tagung der Gesellschaft der „Kinderfreunde“.

Durch der Provinzen Auenkette, Durch Strahlenzeiten ständiger Städte...

Auf jenen Schultern lastendes Kreuz, Wachen sie singend die Straße des Leids, Anolpende Seelen, früh schon geknickt...

Schicksalsgezeichnet schon jedes Gesicht, Aus ihren Augen schluchzt Sehnsucht nach Licht; Helles Sehnen nach Gärten voll Lust...

Lied kleiner Herzen, hoffnungsgeschwellt, Nicht es vergebens an herzlose Welt, Stirnen an goldene Gitter gepreßt...

Kinder, geboren in sternlosen Nächten, Sonnenlos wachend in keipernen Schächten, Schuldlos Opfer. — Hand in Hand...

Margarete Bauer.

Hans.

Von Friedrich Wendel.

„Sie werden doch bei dem Kind nicht wegschicken, Boeligen?“ hatte die Portierfrau gesagt, „bei dem Kind wegschicken, nee, bei Krieg ist nicht fertig, lieber macht es sonst was!“

Aber was sie sonst zu machen imstande sein konnte, blieb ihr Geheimnis. Und so mußte es denn wohl dabei bleiben, daß die Aufwartefrau Boelich, die ihren Mann im Krieg und zwei Finger der rechten Hand bei der Arbeit in der Munitionsbude verloren hatte, ihr Kind, einen Jungen von acht Jahren, weggeben mußte.

„Ich könnt' es nicht“, bekräftigte die Portierfrau noch einmal und strich dem Hans über den Kopf. Der Junge sah über sein Leisobach gebeugt, die Fäuste an die Wangen geklemmt und blinzelte nicht auf. Nachmittags um fünf kam die neue Mutter.

Sie brachte einen ganz, ganz großen Ball und eine Tafel Sahnechokolade mit. Sie tat sehr zart, machte Madonnenaugen und sagte diplomatisch: „Nun geht Hansemay ein bißchen mit dem Ball spielen, nicht? Auf die Straße oder die Anlagen nebenan, nicht?“

Hans ging zu seiner Mutter und sagte sie zärtlich um die Knie: „Willst du, daß ich gehen soll, Mutter?“

Die Mutter kämpfte die Tränen hinunter. Sie wollte nicht schwächer erscheinen als ihr Junge und sagte: „Na, geh' man, Hans!“

Das Kind ging, seine Mutter legte sich still an den Tisch und wartete auf das, was jetzt kam. Was die Dame sprach, war die bare Vernunft, hundertmal in schlaflosen Nächten und auf mildem Trost durch die Straßen hatte sie es sich selbst gesagt. Daß es nicht mehr möglich war, durchzukommen. Daß die Kaufverträge zu Behörden und privaten Wohlthätern, um da ein paar billige Stiefelchen und da einen abgelegten Anzug zu bekommen, mehr Zeit wegnahm, als die ganze Geschichte wert war. Daß, wenn sie des Kindes sich

entäußere, dieses wenigstens versorgt, und zwar gut versorgt sei. Daß es immer satt zu essen haben und eine gute Erziehung und eine gute Schule bekommen würde. Daß die Waisenväter anständige und, wie man hörte, sehr gutherzige Leute seien, bei denen der Hans auch gut aufgehoben sei.

„Sie müssen das alles einsehen, Frau Boelich. Ich weiß, ich weiß, Sie bringen ein Opfer, o, wir Frauen wissen um solche Opfer, aber bedenken Sie, daß Sie das Opfer für das Kind bringen!“

Sie bedachte es. Und trat ihr Kind ab. Die Dame fuhr mit dem Spitzentäschchen über die Augen, drückte ihr die Hand, und legte in anmutig aufwallendem Gefühl die schöne Stirn an die edige Schulter der Aufwartefrau.

„Sind wir doch alle Glieder eines Volkes, wie mein Mann immer sagt, gehören wir doch alle einer großen Familie an! Wir müssen einander helfen! Und nun noch eins, liebe Frau Boelich: mein Mann, Gott, er denkt an alles, hat Ihnen eine Wohnung in der ... Straße besorgt! Sie verstehen ... es wäre für Sie schmerzhaft und für den Hans schmerzhaft und uns peinlich, wenn Sie sich dauernd sehen würden. Sie verstehen, liebe Frau Boelich ...“

Sie verstand. Sie verstand, daß in dem Getriebe dieser dreimal verfluchten Gesellschaft auch eine an sich honorifique Regierung des Reiches zur verheerenden Tat werden muß.

Sie verstand und mühte nicht. Erleichtert fuhr die Dame fort: „Und dann noch eins, liebe Frau Boelich. Mein Mann — Männer sind immer so furchtbar praktisch, nicht wahr —, mein Mann wünscht nicht, daß Sie vorab, für die erste Zeit, wissen Sie, sagen wir mal für die ersten fünf, sechs Jahre den Hans besuchen oder mit ihm in Verbindung treten. Das muß den lieben kleinen Kerl irritieren, nicht wahr doch?“

Sie schluckte auch das. Die Dame ging. Hans kam zurück. Die Mutter legte den Arm vor die Augen, und Hans hätte sie gesehen, tief, tief, aus wundestem Herzen. Da langte er sein Schultergelenk vom Nagel, trat still zur Mutter und sagte: „Lach man, Mutti, lach man ... ach, lach doch, Mutti ...“

Sie blinzelte ihn an und sah sein Bündel. „Willst du schon gehen?“

Er schweig ein kleines Weilschen. Dann: „Ich hab' doch wohl recht schon eine neue Mama?“

„... es geht nicht anders, Hans!“

Und so ging er.

Draußen auf dem Hof war, „zufällig“ natürlich, war die Portierfrau beschäftigt. „Na, wat, Hans Boelich, wa'n nu?“

„Ich muß es Mutttern leicht machen“, sagte der Achtjährige, nicht und ging ins Vorderhaus. Sehr ernsthaft, mit ruhigem, ein wenig großen Augen, über denen eine seltsame Stirn stand.

Eine Mutter hatte ihr Kind verloren. Ein Kind hatte die erste Herzwunde weg. Die kann vernarben, man stirbt nicht an ihr, das Leben ist anders, als es in schlechten Romanen beschrieben steht. Aber der holde Garten Jugendland, über ihn war der Frost gekommen, und die bunten Blumen waren dahin.

Kleine Chronik.

Tischbein-Ausstellung.

Der Kunstverein antwortet diesem Monat einen Ausflug ins 18. Jahrhundert. Dr. Teupser hat die Mühe nicht gescheut, Museen und Privatbesitz — namentlich aus der Umgegend Leipzigs — in besonderer Maße für die Schau mobil zu machen. Gut gewählte Stücke lassen das Bild jener Zeit entstehen und überdies eine künstlerische Individualität, die bisher von der Forschung nur im Vorübergehen, und dann noch stiefmütterlich, getreift worden ist.

Das zerstörte Ameisenreich.

Von C. J. A. van Bruggen.

Aus dem Holländischen überetzt von E. v. Hollander. Copyright by Max Rascher Verlag, Zürich.

XV

In jeder Wegbiegung blieb Jonathan Strong stehen, um Umchau zu halten. Die breite Chaussee, die mit rascher Steigung die Höhe hinankletterte, hatte ihn schon hoch über die Stadt gebracht, die er jetzt verstreut zwischen dem überall vordringenden Wald liegen sehen konnte.

Früher war ihm die Häusermasse so bunt und planlos durcheinandergeworfen erschienen. Eigentlich hatte er über Plannutzbarkeit in der Zusammenstellung einer Stadt nie nachgedacht. Man wußte den Weg aus Gewohnheit, gedankenlos ging man von einer Straße in die andre.

Es war eine Ueberzählung, jetzt alles so offen und voll System zu sehen; der Markt, wo die beiden Hauptstraßen einander kreuzten, das tiefe Einschnitten aller erkennbaren Straßen in den Stadtkörper, weiter draußen die langen Reihen der Arbeiterhäuser, die nach dem Bergwerk und dem Steinbruch am Flußufer hinzukriechen schienen.

Wie seltsam, dort zu leben! Jeden Tag das gleiche Aufsteigen, die träge Steifheit von gestern noch in den Gliedern und den Schulterblättern, das stille Hinunterkriechen (die Kinder konnten noch werden!) eines Stückes Brot mit einem heißen Schluck Kaffee; dann den Brotsack in die Hand, nach dem Bergwerk durch die endlosen, langweiligen Straßen von lauter neuen und schon in ihrer Jugend alt aussehenden Häusern; zwei Fenster, eine Tür, zwei Fenster eine Tür, so hundert, zweihundert Häuser weit. Auf die Dächer drückte die feuchte, trübe Morgenluft. Hier und da steckte hinter den schwarzen Scheiben ein gelbes Flämmchen.

Aus ihren Zellen kamen schmutzige Bergleute wie Mienen gekrochen. Fröstelnd im Morgendämmern brummt sie einen Gruß und ließen dann schweigend weiter; zu zweien, in Gruppen oder allein, wie es kam, das war ihnen gleich. Unten in der Grube war Kameradschaft eine Herzlichkeit in gemeinsamer Gefahr; draußen hatte jeder seine eigene stumpfe Not, niemand hatte etwas mit dem andern gemein, niemand eine Klage über einen Scherz.

So lebten all die sonderbaren Menschen allein in ihrer Zelle, schliefen, aßen, wählten einen halben Steinwurf weit auseinander und kannten einander nicht oder ganz flüchtig.

Am Sonntag suchte jeder im Wirtshaus Trost für seine eigene Einsamkeit. Dann tranken sie Bier und Brantwein, spielten Karten, ließen ums Billard herum, schwätzten über die schlechten Seiten.

Und er selber hatte mitgetan; es schien ihm jetzt ein nicht zu lassendes Wunder, daß er niemals über die Wanderung auf die

Berge hinauf gemacht, nie eine freie Stunde gefunden hatte für die liebe, weite Natur, die doch nicht nur für die Bewohner der Paläste auf den Hügeln da war.

Jetzt sah das Leben ganz anders aus. Nun er sein Werk unten vollbracht, seine Loden der Erde gegeben hatte, fühlte er sich nicht mehr einsam. Seine Seele erkreuzte sich wunderbar an den Dingen auf seinem Wege: an den Bäumen, die so still und ernst am Wegrand standen, an dem immergrünen Efeu und den schon rot gefärbten wilden Weinreben zwischen den ausgepflanzten Steinen am Wegrand, und an der weiten, schönen Aussicht über das schmale Tal nach den dunklen Wäldern am gegenüberliegenden Abhang, an den blinkenden Bindungen des Flusses, an dem fernem Nebelviolett der Berge, wo die Hügel sich wie blaue Vorhänge öffneten. Nichts regte sich. In der klaren Nachmittagsstille strahlte die Sonne von einem hellen Himmel; die Luft, frisch und kräftig, war von Erdbgeruch gesättigt.

Wesh ein Glück hatte er jetzt erst gefunden! Die Schönheit der Erde ging ihm endlich auf. Zum erstenmal empfand er einen Zusammenhang zwischen der Erde und sich selbst.

Langsam ging er seines Wegs. In seinen Gedanken suchte er nach der Lösung aller möglichen Rätsel, mit denen sein Geist sich früher niemals beschäftigt hatte. Aus welcher Quelle kam das Vortrecht, hier in diesem Paradiese zu wohnen und glücklich zu sein; wie kam es, daß andre verurteilt waren, an die düstere Grube gefesselt zu sein, sich, von Staub erstickt, an den rauhen Wänden ihres Kerkers entlangzutasten?

Vor zwei Jahren hatte es unter den Bergleuten eine Aufregung gegeben. Der junge gnädige Herr sollte in den Betrieb eintreten. Einige hatten den jungen gnädigen Herrn wohl einmal gesehen, einen blaffen, hochmütigen Jüngling, der auf einem prächtigen schwarzen Pferd durch die Stadt geritten war. Dann war er in eine Pension geschickt worden und später auf die Hochschule, ein Ingenieur zu werden. Die Ferien hatte er hier in der Villa verbracht, und es wurde von jungen Mädchen erzählt, die er auf der Straße verfolgt und frechredet hatte.

Er traf also nun in den Betrieb ein. Das erschien jedem als etwas Nüchternes, worauf der Alte gewartet hatte, seit er geboren war, etwas Selbstverständliches, über das man nicht weiter nachzudenken brauchte. Aber es wurde darüber geflüstert: Der junge gnädige Herr ... der junge gnädige Herr ... der war von der Hochschule zurückgekommen und sah im Bureau. Wer ihm in den Weg kam, nahm untertänig die Mütze ab.

Was stellte, fragte Jonathan sich, den einen über den andern? Da waren schöne Höfen, um darauf zu wohnen, und da waren tiefe Gruben, um darin zu vergehen, und die Kohlen mußten aus der Erde herausgeholt werden, um als Feuerkraft und Kraft zu dienen. Über wer bestimmte den Platz eines jeden, seine Aufgabe? Wer versorgte über Gottes Schöpfung, daß sie eine Lust wurde oder ein

Was kann uns Tischbein heute noch geben? — Große Erlebnisse? Nein — Aber einen Witz der damaligen Zeit. Die allgemeinen Strömungen der Epoche treten in seinen Delgemälden und Zeichnungen härter hervor als das Persönliche einer eignen Künstlerkraft — wenigstens für uns Nichtspezialisten. Tischbein ist nie ein Himmelstürmer gewesen, wie keiner unter dem 1½ Duzend der großen Künstlerfamilie. Neben einem sicheren Können, das bei weitem über dem des bekannten „Goethe-Tischbein“ steht, weist er die nächsten Beziehungen zu dem Geist seines Jahrhunderts auf. Dies springt ohne Anstrengung ins Bewußtsein und bleibt ein Hauptreiz der Betrachtung. Jene Periode wird durch drei Namen gekennzeichnet: Rousseau, Diderot und Lessing. — Man war müde geworden der „Galanten Feste“, der Liebesabende, der hübschen Scherzspiele und des bedenkenlosen Sichgehenlassens. Der Adel zeigt bereits die Merkmale der Erköpfung, und nun begann der dritte Stand, das Bürgertum, sich zu regen. Rousseau predigt Einfachheit, Diderot tritt für das Familienleben ein und für strenges Betragen der Wirklichkeit in Dingen der Literatur. Lessing sucht überall den gefunden Menschenverstand. Der Stimmung der dreien, aufstrebenden Klasse geben diese Aufklärer den eigentlichen Ausdruck; weniger die „Stürmer und Dränger“ und auch kaum der geistreiche Spötter und Messermeier Voltaire.

In dieser bürgerlichen Welt ist Tischbein zu Hause. Kennt man ihre Anlässe und Merkmale, so hat man auch fast den ganzen Künstler. Er hat eine Anzahl Männerporträts gemalt: Professoren, Bürgermeister, Kaufleute, Bankier, Buchhändler — Leute aller möglichen Berufe und der verschiedensten Eigenschaften. Aber geht man durch den Oberlichtaal des Kunstvereins, so ist es, als ob man eines gesehen hätte. So unform erscheint die geistige Haltung der Köpfe. Immer wieder kehrt in den Gesichtszügen das Bedere, Fleißige, Rechtschaffen-Behagliche des zu Rang und Würden gelangten „Ehrenmannes“. Nichts mehr von der längelichen Leichtigkeit und Glätte des Kavalliers! Ernst und in betontem Selbstvertrauen drängen sich die durchgearbeiteten Physiognomien dem Betrachter auf. Man spürt förmlich, wie sie sich für die Nachwelt in Positur werfen. Tischbein versagt vollkommen an bedeutenden Männern. Das Bildnis Schillers bleibt in der Aufassung höchsthin fleißig und von idealtätlicher Keuschheit der Haltung. Wieland steht einem besorgten Hausvater, der gerade eine Rechnung überschlägt, ähnlich, als einem Dichter. Nirgend die leiseste Andeutung der geistigen Persönlichkeit! — Viel besser schneidet bei ihm das Frauenporträt ab. Hier kann man auch keine künstlerischen Beziehungen eher ablesen. Da hängt am Eingang ein Brustbild: „Mädchen mit Strohhut“. In der leichten Neigung des Kopfes, dem spielenden Schmelz der Farben, der Barmherzigkeit und dem vornehmen Auftakt wird die Herkunft von Rotolo ohne weiteres sichtbar. Dann das Porträt der Pauline Dufour-Jerome mit ihrem Sohne, das in seiner straffen Pyramidenform und auch sonst an das bekannte Gemälde der Pariserin Vigée-Lebrun denken läßt. Ein charakteristischer Beleg, wie bei Tischbein übernommene Malkultur und angeborene oder von der Zeit geforderte Mäßigkeit nicht nebeneinander haften, vermittelt das im Jahre 1795 entstandene Bild der Gräfin Glogowski. Malteserisches Adelsblau und blasses Grauweiß in bester Malweise bildet hier das Gewand, während das Gesicht in verlebender Deutlichkeit gegeben ist mit unglaublich derber Betonung des Nüchternen. Er nahm eben die Anordnungen, wo er sie fand. Aber seine im Grunde hausbacken-troden Natur bricht überall durch. Am freiesten und fleischig vertriebt wirken die Porträts seiner Angehörigen, namentlich das schöne Werk: „Gattin mit den Töchtern Caroline und Betty“. Er erreicht da fast den Scharm und die Innigkeit eines Gainsborough.

Und am Schluß wird man noch gezwungen, sich selbst zu trotzen. Vor einem Gemälde, das eine Gräfin Schulenburg darstellt und das wegen seines bescheidenen Formats leicht übersehen wird. Das felsche Grün des Kopftuches, ein feingedämpftes Blau und das aparte Violett im Obergemwand geben einen ungemein reichen vollen Akkord. Sehr lebendig auch die lockere Pinselführung, wie man sie bei Tischbein sonst selten findet. Das Ganze zeigt eine Leuchtkraft der Farbe und eine Raffie, die nur ein ganz eleganter Maler zu geben vermag und ihm eine erste Stelle unter den Tischbeins anweist. Adolf Kreier.

Nun kam das wieder, was er in dem Kleiderladen gefühlt hatte: als wäre er zu gering, das Beste, was Menschen gemacht hatten, zu tragen, zu genießen. Wo stand das geschrieben? Und mit der Luft und den Bäumen und der Schönheit der Hügel, der Täler, der Flüsse mußte es doch noch wieder anders bestellt sein. Das alles war so deutlich für alle bestimmt. Denn warum war es sonst so weit und voll Ueberflut, so unermesslich reich und so greifbar, wenn man nur die Hand ausstreckte?

Die Hand ausstreckte ... er und seine Kameraden vergaßen die Hand selbst nach diesen Schätzen auszustrecken! Höher, immer höher hinauf stieg er — so empfand er es — aus der dunklen Erde zum Licht empor. Rings um seinen Berg lag ein Kranz von andern Bergen und Hügeln in weiterem Kreise. Ihm war's als sei er in den Mittelpunkt einer neuen Welt gekommen: Reite auf Reite standen die grünen Berge ringsum in der Unendlichkeit der Fernsicht. Die Grubenstadt war nun hinter den Baumkronen nicht mehr sichtbar, aber überall in den Furchen des Schotter der Mutter Erde konnte er die Dörfer zählen, Duzende zugleich. Er kannte ihre Namen nicht, wußte nur gerade, daß sie da waren, weil manchmal ein fremder Mann durch die Täler zugewandert kam, um in der Grube Arbeit zu suchen. Man sah sich so einen Kameraden dann wohl an, aber er hatte nichts Sonderbares an sich, kein andres Wams, kein hübscheres Gesicht, und unten in der Grube klang sein Glücksauf vertraut wie das jedes andern.

Was hatte ihn veranlaßt, ein andres Dasein zu suchen, als er in der Welt gehäht hatte, aus der er gekommen war? Oder war es vielleicht nicht einmal ein andres Dasein? Niemand fragte danach, niemand dachte darüber nach, es war alles einseel.

So wie man in einer Straße die Häuser wohl sieht und die Wäden, aber nicht die Stadt, von der sie ein Teil ist, so wurde nun das Grubental zu einer einzelnen Straße im Bergland, deren Lage, Richtung und Sinn erst deutlich wird, wenn man darüber steht. Die Welt bekam einen Sinn. Es entstand ein Zusammenhang zwischen den dunklen Wäldern, den gelben Ackerstrecken mit noch ungerntetem Korn, den Weinbergen, den Flüssen, die sich zwischen den sanften Hängen hinwandten, den Sandsteinbrüden an den Abhängen, den Dörfern und ihren gemüllten Türmen, den Bauernhöfen, den Fabriken. Eine Verpflanzung, die der Mensch zu haben schien einem gegenüber, der dies alles geschaffen hatte.

Aber von neuem verperrte eine besessene Höhe die Aussicht; eine kurze Wendung führte den Pfad steil nach oben. Jonathan stand dem Schloß des Grubenbesizers gegenüber.

Drei eckige Türme drühten an den Ecken des weißen Giebelwerks. Die große Haupttür stand offen; er schaute in die dunkle Halle

(Fortf. folgt.)

Die Lage im Bergbau.

Rechtsgutachten für den Ruhrbergbau.

W.B. Berlin, 19. Mai. Wie die Erklärung der Bergarbeiterverbände erneut ergibt, ist einer der Hauptstreitpunkte zwischen den Parteien die unterschiedliche Beurteilung der Frage, welche Arbeitszeit im jetzigen Augenblick rechtens ist...

W.B. Berlin, 19. Mai. Als Sachverständige zur Abgabe des Rechtsgutachtens über die Frage, welche Regelung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau gegenwärtig zu Recht besteht, haben die Vorsitzenden des Vorläufigen Reichsarbeitsrats die Herren Reichsgerichtsrat Dr. Bemer, Anwaltsrat Dr. Kassel, Dr. Einzheimer und Dr. Hueck...

600 000 Ruohgeperrte.

Wittermeldungen aus Essen zufolge wird nach Mitteilungen aus Gewerkschaftskreisen die Zahl der ausgesperrten Arbeiter im Ruhrbergbau und in anderen Industrien auf rund 600 000 geschätzt.

Verhaftungen von Unionisten.

SPD. Bochum, 19. Mai. In der vergangenen Nacht wurden von der Bochumer Polizei 13 Funktionäre der Union der Hand- und Kopfarbeiter festgenommen.

Gegen die wilden Aktionen.

Essen, 19. Mai. Die vier Bergarbeiterverbände erlassen folgenden Aufruf an ihre Mitglieder: Die Besetzungsvorstellungen einzelner Besen des Ruhrgebietes beschließen, mit allen Mitteln, ganz gleich ob gesetzlichen oder ungesetzlichen, den gegenwärtigen Kampf zu verschärfen...

Die Ruhrbergleute sind in den gegenwärtigen Kampf von den Unternehmern hineingedrängt worden. Er kann nur zentral von den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen geführt werden. Deren Beschlüsse allein sind maßgebend und zu beachten.

Das Schreiben des Besenverbandes kann an der Rechtslage, sowie an den Beschlüssen der Konferenzen der Organisationen nichts ändern. Die Beschlüsse der Organisationen haben nach wie vor Geltung. Demnach besteht nach der Arbeitsordnung die im alten Tarifvertrag festgesetzte Arbeitszeit unter und über Tage.

Der Kampf der Bergarbeiter in Sachsen.

Agr. Ueber die Lage im Zwickau-Zugau-Deutscher Kohlengebiet wird berichtet, daß wesentliche Veränderungen nicht eingetreten sind. Trotz aller Verluste der Kommunisten, Unionisten, Anarchisten usw., die Führung der Bergarbeiterbewegung an sich zu reißen, haben diese bisher nicht den geringsten Erfolg zu verzeichnen.

Das Schreiben des Besenverbandes kann an der Rechtslage, sowie an den Beschlüssen der Konferenzen der Organisationen nichts ändern. Die Beschlüsse der Organisationen haben nach wie vor Geltung. Demnach besteht nach der Arbeitsordnung die im alten Tarifvertrag festgesetzte Arbeitszeit unter und über Tage.

Vor neuen Kämpfen in Hirschfelde?

Agr. In einer Delegiertenversammlung der Besenchaften des Braunkohlenwerks Hirschfelde, an der 25 Delegierte der verschiedenen Abteilungen und vom Bergarbeiterverband Genosse Friedrich teilnahmen, stimmten 18 für den Achtstundentag und 7 dagegen.

Gewerkschaftsbewegung.

Wer führt den Frieden im sächsischen Holzgewerbe? Ein mit dieser Ueberchrift versehenes Flugblatt wurde am Montag beim Verlassen der Arbeit den Holzarbeitern Leipzigs in die Hände gedrückt.

Ein mit dieser Ueberchrift versehenes Flugblatt wurde am Montag beim Verlassen der Arbeit den Holzarbeitern Leipzigs in die Hände gedrückt. Der Arbeitgeberverband operierte darin mit Behauptungen, die beweisen sollen, daß die bösen Gewerkschaftsvertreter schuld am Scheitern der Verhandlungen seien.

Scheitern der Verhandlungen seien. Zu den vom Arbeitgeberverband aufgestellten Behauptungen bemerken wir:

Unwahr ist, daß der Holzarbeiterverband einen Vorschlag unterbreitet habe, enthaltend: regelmäßige Arbeitszeit 48 Stunden, Mehrarbeit bis zu drei Stunden die Woche, 10 Prozent Aufschlag, und daß dieser Vorschlag von den Arbeitgebern angenommen worden sei.

Richtig ist, daß die Arbeitgeber bis zu 7 Tagen Ferien nach 4 1/2, statt wie bisher nach 5 Jahren ausgemittelt haben. Ferien wurden bisher erworben nach 4-jähriger Beschäftigung 3 Tage, steigend mit jedem weiteren Beschäftigungsjahr um 1 Tag bis zu 7 Tagen.

Unwahr ist, daß über die Lohnfrage überhaupt nicht verhandelt worden ist. Bereits am 20. April wurde von den Arbeitgebervertretern ebenfalls die Regelung der Lohnfrage verlangt.

Ein behauptetes Stiefenferd der sächsischen Vertreter war schon bei den reichszentralen Verhandlungen der angelernten Arbeiter. Obwohl man schon dort zu keinem Ergebnis gekommen war und auch in den übrigen Teilen des Reiches diese Forderung der Unternehmer fallen gelassen wurde, glaubt man sie in Sachsen unter allen Umständen mit Hilfe des sächsischen Arbeitgeberverbandes, der gleichzeitig Geschäftsführer der sächsischen Arbeitgeberverbände ist, ausbreiten zu können.

Allgemeine Aussperrung der Holzarbeiter?

Agr. Dresden, 20. Mai. Wie wir erfahren, hat der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe beschlossene, sämtliche Holzarbeiter ab 21. Mai auszusperrern, wenn nicht bis zum 20. Mai die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Zu den Arbeitskämpfen im Baugewerbe.

Im deutschen Baugewerbe besteht seit Ablauf des Reichstarifvertrages und der örtlichen Tarifverträge ein Kampfzustand, der in vielen Orten und in ganzen Landesteilen bereits zu Aussperrungen geführt hat. Der Grund, weshalb ein neuer Reichstarifvertrag noch nicht zustande kam, ist bekanntlich die Forderung der Unternehmer auf Einführung des Zehnstundentages.

Bezirkskonferenz des Metallarbeiterverbandes.

Von der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Sachsen wird uns folgendes mitgeteilt: Am Sonntag, dem 18. d. M., tagte im Leipziger Volkshaus die alljährliche Bezirkskonferenz, in der unter anderem auch die Wahlen für die verschiedensten Kommissionen vorgenommen wurden.

Am Sonntag, dem 18. d. M., tagte im Leipziger Volkshaus die alljährliche Bezirkskonferenz, in der unter anderem auch die Wahlen für die verschiedensten Kommissionen vorgenommen wurden.

Bei den Bestimmungen über die Wahl der Beiratsmitglieder, der erweiterten und der engeren Bezirkskommission ergab sich auch die Vertretung nach der Mitgliederzahl. Es wurden lediglich Anhänger der USPD gewählt.

Für Sachsen ist das zweifelloste ein Ergebnis, welches die Vertreter der USPD nicht erwartet hatten. Sie waren in großer Anzahl als Gäste anwesend; jedenfalls sind sie aber auf dieser Bezirkskonferenz nicht auf ihre Rechnung gekommen.

Eine irreführende Notiz.

brachten die Leipziger Neuellen Nachrichten am Sonntag über die Lohnbewegung der sächsischen Gemeinde- und Staatsarbeiter. Es wird darin behauptet, daß die Gemeindearbeiter, deren Verband die alten Löhne anseufzend hat und neue Forderungen stellt, einen Spitzenlohn von 53 Pfennigen zusätzlich einer Frauen- und Kinderzulage von je 8 Pfennigen erhalten.

Wirksamkeit erhalten die Gemeindefunktionäre in der Spitze zu dem Stundenlohn von 53 Pfennigen nur nach einer Frauen- und Kinderzulage von je 2 Pfennigen. Wenn nun in der Notiz der N. N. behauptet wird, daß die Löhne in der verkehrsbaren Privatindustrie nicht höher sind, als der jetzt gezahlte Spitzenlohn der Gemeindefunktionäre, so ist das eine bewusste Verfälschung der Öffentlichkeit, deren Zweck leicht zu durchschauen ist.

Staatgefährliche Hausfrauenversammlung. Wenig Verstoß gegen die Verordnung des Wehrkreiskommandos vom 20. November 1923 hatte sich die kommunistische Stadtordnete Frau Schumann vor dem Schöffengericht zu verantworten.

Verstärkungswut. Nach einer Geburtstagsfeier sammelten sich einige Mitglieder eines bürgerlichen Sportvereins und lagen spät nachts in den Anlagen des Rinderlingsberges herum.

Ueberwältigende Niederlage der Kommunisten. Am 18. Mai tagte hier die Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes für die Gebiete Magdeburg, Halle, Merseburg und Freistaat Anhalt, als deren Ergebnis eine überwältigende Niederlage der Kommunisten zu verzeichnen ist.

Aus der Jugendbewegung.

Reichskonferenz der SAJ. in Weimar.

SAJ. Fast vier Jahre sind vergangen, seit der Reichsjugendtag in Weimar seinen Willen zum Sozialismus und zur Republik bekundet hat. In einem Augenblick, wo die Feinde der Republik härter denn je zum entscheidenden Schlage rüsten, berief der Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend die Reichskonferenz wieder nach Weimar.

An die Jungsozialisten!

In Deutschland grassiert die nationale Welle, deren Auswirkungen auch innerhalb der jungsozialistischen Bewegung Probleme wie: Volksgemeinschaft oder Klassenkampf aufgeworfen hatten. Die hannoverschen Jungsozialisten planen, zu Pfingsten nach Hannover-Wülfen eine Konferenz einzuberufen.

Mit jungsozialistischem Gruß

Jungsozialistische Vereinigung Hannover.

Das Geheimnis der Cenovis-Erbmurst ist die gute Qualität weshalb Cenovis-Erbmurstsuppe fast auf jedem Tische steht.

Sammelt für die ausgesperrten Bergarbeiter!

